

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 17. September 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Neue Lehren im Gewerkschaftskampf. II. — Wie Herr Oswald
den christlichen Hilfsarbeiterverband regiert? I. — Der Inter-
nationale Sozialisten-Kongress in Kopenhagen. — Die Aus-
sperrung in der Sandstein-Industrie Sachsens. — Korrespon-
denzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekannt-
machungen. — Neue Zahlstelle. — Adressen-Änderungen. —
Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen
Reiche im Jahre 1909. III. — Die Entwicklung der Tarifver-
träge. — Ausreden. II. — Submissionen. — Aphorismen. —
Feuilleton: Die deutsche Marmorindustrie. III.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Lüttschenbach: Süddeutsche Granit-
werke. — Mittweida: Fa. Peterschüh. — Heidel-
berg: Firma Weber. — Regensburg: Firma Wie-
gand. — Königsberg: Firma Eckart. — Elber-
feld: Homanns-Werke.

**Die Sandsteinmehlen in Sachsen sind aus Anlaß
des Streiks in Dresden-Pirna ausgesperrt. Es kommen
die Orte Chemnitz, Leipzig, Riesa, Plauen, Zwickau
in Betracht. Zugang nach Sachsen ist unter allen Um-
ständen fernzuhalten.**

Berlin. Der Streik der Marmorarbeiter ist noch nicht
erledigt; mehrere Kollegen konnten zu den neuen Be-
dingungen in Arbeit treten.

Zwillingenberg. Die Einigungsverhandlungen vor dem
Bürgermeisteramt sind gescheitert; der Streik wird
unverändert weitergeführt. Etwa im Odenwald um
Arbeit nachsuchende Pflastersteinarbeiter mögen sich
an die betreffenden Zahlstellen des Bezirks wenden.

Kupferdreh. Der Streik der Steinmehlen bei der Firma
L'hoest ist durch Verhandlungen zu unseren Gunsten
beendigt. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von
durchschnittlich 2.50 Mk. per Woche für den einzelnen
Kollegen. (Siehe Bericht.)

Hiltrup. Die Lohnbewegung der Stampfer und Hilfs-
arbeiter bei der Firma Hiltruper Kunststeinwerk
ist mit einem Erfolg durch Verhandlungen beendet
worden.

Floß und Flossenbürg. Hier kam ein umfangreicher Tarif
zum Abschluß. Die Kollegen hatten es auch satt, sich
noch weiter von den Unternehmern an der Nase herum-
führen zu lassen.

Weihenstadt. Die Tarifbewegung ist für die Kollegen
günstig beendet. Für die Granitarbeiter konnte ein
umfangreicher Spezialtarif abgeschlossen werden.

Unterfränkisches und badisches Muschellalgebiet. Diffe-
renzen sind im Gebiet an der Tagesordnung, ins-
besondere erlauben sich die Kleinmeister den Kollegen
gegenseitig alles. Tarifverhandlungen sollen in den
nächsten Tagen stattfinden. Solange keine Einigung
erzielt ist, muß jeder Zugang nach hier unterbleiben.

Oesterreich. Nach folgenden Orten ist Zugang zu ver-
meiden: Saubsdorf, Nidlasdorf, Judmantel und Groß-
Aunzendorf.

Schweiz. Basel. Die Firma Uhlmann ist gesperrt.

Erklärung.

Schon zu wiederholten Malen ist im Organ unsres Bruder-
verbands in Deutschland seitens einiger Sektionen über die Art
der Sperren in der Schweiz reklamiert worden, was uns zwingt,
hier eine Erklärung abzugeben, wonach für alle Zukunft Klar-
heit in dieser Sache geschaffen ist.

Wir müssen konstatieren, daß in der Schweiz nur diejenigen
Plätze als gesperrt betrachtet werden dürfen, deren Sperren
im Organ des schweizerischen Verbands publiziert sind, außer-
dem gibt es keine Sperren. Und sollten seitens unsrer Sek-
tionen in dieser Beziehung gegenteilige Beschlüsse gefaßt werden,
so ersuchen wir alle Kollegen, in Zukunft am rechten Ort,
das heißt bei den Unterzeichneten Beschwerde einzureichen, und
garantieren wir dafür, daß unsererseits die betreffenden Sektionen
gezwungen werden, sich an die Beschlüsse des Zentralkomitees zu
halten. Aber man bringe nur Fälle vor, die man genau kennt;
auf bloße Redensarten, wie dies schon wiederholt vorgekommen
ist, können wir nicht eintreten.

Wenn dann von einer Sektion Arbeitsmangel publiziert
wird, so setzt dies voraus, daß der Zentralvorstand vor Auf-
nahme der Publikation sich selbst hiervon überzeugt, immerhin
darf eine derartige Publikation niemals als Sperre aufgefaßt
werden. Wer dann doch gern an einen solchen Ort gehen will,
dem steht es frei, darf aber nicht rechnen, daß ihm mehr als die
gewöhnliche Reiseunterstützung ausbezahlt wird.

Zentralvorstand des Steinarbeiterverbands der Schweiz.

Neue Lehren im Gewerkschaftskampf.

II.

Noch eine andre Frage drängt sich uns dabei auf.
Stellen die bei den großen Bewegungen dieses Jahres er-
zielten Lohnerhöhungen den Ausgleich mit der durch die
Entwertung des Geldes, durch Konsumsteuern und Lebens-
mittelzölle verursachten Verteuerung der Lebenshaltung
dar? Es gehört bekanntlich zu einem der Differenzpunkte
zwischen den Gewerkschaftlern und einigen sozialistischen
Theoretikern, ob die gewerkschaftliche Aktion eine tatsäch-
liche Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung her-
beizuführen imstande ist oder nicht. Die von uns hier ge-
stellte Frage wird kaum zweifelsfrei zu beantworten sein,
weil es eine völlig zuverlässige Statistik über die Preis-
bewegung der für den Arbeiterhaushalt nötigen Waren
nicht gibt. Wir glauben auch nicht, daß eine etwaige An-
twort für alle Orte und Gebiete gleich zutreffend wäre.
Dazu hängt die Preisbewegung viel zu sehr von lokalen
und regionalen Umständen ab. Im allgemeinen neigen
wir zu der Ansicht, daß der oben genannte Ausgleich kaum
erreicht sein wird, wenigstens möchten wir es für die größte-
ren Städte im Binnenlande bezweifeln. Auf keinen Fall
aber, und darin glauben wir keinen Widerspruch zu fin-
den, haben die Erfolge in den großen Bewegungen eine
tatsächliche Erhöhung der proletarischen Lebenshaltung,
wie sie vor Eintritt der Wirtschaftskrisis bestand, herbei-
geführt.

Dieser Umstand ist wenig geeignet, uns besonders freu-
dig zu stimmen; aber was hilft's? Gestehe wir uns ruhig
ein, was nicht zu bestreiten ist. Fassen wir diese Tatsache
ruhig ins Auge und suchen wir, wie ihr der Stachel zu
nehmen ist.

Die gewerkschaftliche Macht hat eben ihre Grenzen, die
keine Organisation überwinden kann. In der gewerk-
schaftlichen Aktion wirkt die Funktion des Arbeiters als
Teilhaber der Produktion. Der Gewerkschaftskampf kann
von den sozialen Verhältnissen, die die Existenz des Ar-
beiters bedingen, nur das Lohnverhältnis beeinflussen.
Die andern sozialen Verhältnisse stehen außerhalb der ge-
werkschaftlichen Einflusssphäre. Auf die Warenpreise kann
der Arbeiter nur in seiner Funktion als Konsument und
als Staatsbürger einwirken. Als Konsument, indem er
Bereinigungen bildet oder sich solchen anschließt, die die
Warenverteilung unter Ausschaltung des Krämers vor-
nehmen, die durch den Masseneinkauf von Waren den sonst
dem Zwischenhandel zufallenden Profit zugunsten ihrer
Mitglieder ersparen. Aus dem Konsumgenossenschafts-
wesen hat die Arbeiterchaft noch lange nicht das heraus-
geholt, was für sie darin liegt; kaum ein Drittel aller ge-
werkschaftlich organisierten Arbeiter gehört den Genossen-
schaften an, während drei Viertel die Gelegenheit dazu
haben. Die Arbeiterchaft muß sich darüber klar werden,
daß ihre soziale Funktion als Konsument eine Macht-
quelle für sie ist, die sie nur anzuschlagen braucht, um sie
zum Ziele zu bringen.

Als Staatsbürger kann der Arbeiter seine Existenz
dadurch beeinflussen, daß er eine Politik zur Geltung
bringt, die der Verteuerung der Lebensmittel und Ge-
brauchsgegenstände durch Steuern, Zölle, Grenzsperrn,
Ausfuhrprämien usw. entgegenwirkt. Wenn wir heute
vor der niederdrückenden Tatsache stehen, daß all die in
den gewerkschaftlichen Aktionen angewendete Kraft nicht
vermocht hat, die proletarische Lebenshaltung faktisch zu
heben, so werden wir vernünftigerweise nicht sagen können,
damit sei die Ohnmacht der Gewerkschaften dargetan, son-
dern wir haben zu konstatieren, daß die gewerkschaftlichen
Erfolge durch Mißerfolge der Politik ausgeglichen worden
sind, so daß trotz der erreichten Lohnerhöhungen die alte
Dürftigkeit geblieben ist.

Daran ist nämlich nicht zu zweifeln, die Reichspolitik
der letzten zehn Jahre war für die Arbeiterschaft nicht bloß
unfruchtbar, sondern geradezu verhängnisvoll. An die
Austümmung der Zollmauern schloß sich eine Politik der
Grenzsperrn, der Einfuhrsteine und ähnlicher Maß-
nahmen, die alle eine Verteuerung der Lebensmittel zur
Folge hatten. Die Wirtschaftskrisis verheerte das Volk,
und als diese noch nicht ganz überwunden war, kamen die
neuen indirekten Steuern, die den Arbeiterhaushalt wei-
ter belasteten. Ist es ein Zeichen der Schwäche der Ge-
werkschaften, wenn sie diese ungeheuren Schröpfungen nicht
wieder gutmachen konnten? Das muß die Aufgabe unsrer
Politik der nächsten Jahre sein: Anbahnung einer Wirt-
schaftspolitik, die die Lebensmittel nicht künstlich ver-
teuert. Vielleicht ist die Zeit dieser Aufgabe günstig;
wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die nächste Reichs-
tagwahl der Arbeiterschaft einen großen Zuwachs an po-
litischem Einfluß bringen. Sorgen wir dann dafür, daß
dieser größere Einfluß zu positiven Erfolgen für die Ar-
beiterklasse ausgenützt wird! Nicht darum fördern wir
die politischen Organisationen und arbeiten und opfern
für sie, um Jahr für Jahr dieselben schönen Reden zu
hören oder diesen und jenen altersgrauen Grundfaß hoch-
zuhalten, sondern um das Wohl des arbeitenden Volkes
zu fördern. Hört man auf, uns durch die Politik zu brand-
schlagen, dann wird man auch den Nutzen der gewerkschaft-
lichen Arbeit klarer erkennen und objektiver würdigen.

Der Kampf im Baugewerbe hat jedoch einen Mangel
unsrer gewerkschaftlichen Einrichtungen hervortreten
lassen, der nicht verschwiegen werden darf. Es hat sich

nämlich herausgestellt, daß unsre Solidaritätsaktion in
solchen Kämpfen viel zu schwerfällig ist. Der außerordent-
liche Gewerkschaftskongress, der am 25. April in Berlin
tagte, beschloß die Vornahme öffentlicher Sammlungen
zugunsten der Bauarbeiter. Daraufhin ist neun Wochen
lang in ganz Deutschland gesammelt worden. Partei-
und Gewerkschaftsblätter machten kräftig Propaganda für
die Sammlungen. Der Erfolg war ziemlich gering, in
der ganzen Zeit sind knapp 1 200 000 Mk. eingegangen. Das
ist für die deutschen Gewerkschaften eine lächerlich geringe
Summe. Das war gerade so viel, wie die drei Verbände
der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in jeder
Woche für die Unterstützung der Ausgesperrten aufwenden
müßten. Soll das wirklich so bleiben? — In diesem Falle
war das geringe Ergebnis nicht besonders gefährlich, denn
die Bauarbeiterorganisationen verfügten selbst über ge-
nügende Mittel. Der Maurerverband hätte, wie sein
Vorstand erklärte, den Kampf noch acht Wochen fort-
setzen können, ohne fremde Gelder in Anspruch nehmen zu
müssen. Ob es mit den beiden andern Organisationen
ebensogut bestellt war, wissen wir nicht. Hätten die Sam-
melgelder genügt, um den Kampf noch mehrere Wochen
führen zu können? Oder es kann sich ja auch einmal um
Organisationen handeln, die nicht so gut gedeckt sind, wie
die der Bauarbeiter — was dann? Will man dann einen
Riesenkampf von dem unsicheren Ergebnis dieser Sam-
mlungen abhängig machen? Das geht nicht an! Hier
müssen sich die deutschen Gewerkschaften entschließen, die
solidarische Hilfe bei großen Kämpfen anders zu or-
ganisieren, und zwar so, daß die zur Führung
des Kampfes notwendigen Gelder schnell
und ausreichend zur Verfügung stehen.

Der Gedanke selbst ist nicht neu. Schon auf früheren
Gewerkschaftskongressen hat man sich damit beschäftigt.
Jedoch hat die Meinung immer die Mehrheit gefunden,
die von einer festen Verpflichtung zur Hilfe ungünstige
Wirkungen auf die Beitragsleistung befürchtet. Wird die
Hilfe der gesamten Gewerkschaften, so sagte man, in
sichere Aussicht gestellt, so kann das für manchen Verband
die Wirkung haben, daß er die Leistungen seiner eignen
Mitglieder nicht so, wie es notwendig und möglich ist,
steigert und sich zu sehr auf die Gesamtheit verläßt. Oder
es kann manchen Verband verleiten, seine Bewegungen
mit zu wenig Vorsicht vorzubereiten. Diese Einwände
mögen wohl früher berechtigt gewesen sein, aber heute
sind sie es nicht mehr. Die Beiträge sind allgemein erhöht
worden, nahezu alle Verbände haben heute ein der
Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder entsprechendes Bei-
tragswesen. Und gegen eine etwa mögliche Sorglosigkeit
bei der Vorbereitung der Bewegungen schützt — wenigstens
bis zu einem gewissen Grade — der Charakter der Massen-
kämpfe, der eine solche Sorglosigkeit schwer rächen würde.

Entscheidend aber ist, daß sich die Arbeitskämpfe zu einer
solchen Größe ausgewachsen haben, daß ein einzelner
Verband ohne den Rückhalt auf die Gesamtheit überhaupt
in ihnen nicht bestehen kann. Es handelt sich hier um
eine viel zu wichtige Frage, als daß man sich aus unter-
geordneten Rücksichten um das gebieterische Erfordernis
der Zeit herumdrücken könnte. Es mag auch in dieser
Sache mehrere Wege geben; wir halten für den nächst-
liegenden, daß sich in solchen Fällen, wo die Hilfsaktion
aller Verbände notwendig ist, die Zentralverbände ent-
scheiden, ob die Hilfe zweckmäßig ist oder nicht; ausichts-
lose Kämpfe wird man einfach nicht unterstützen. Ist
aber die Unterstützung im Prinzip beschlossen, dann muß
aus den Zentralkassen, den Mitgliederzahlen entsprechend,
das nötige Geld aufgebracht werden, das die einzelnen
Verbände sodann durch Extrabeiträge wieder erheben.
Wir sagen, daß dies der nächstliegende Weg ist; man
mag einen andern, bequemeren Modus finden, aber im
Prinzip muß daran festgehalten werden, daß wir die
Hilfsaktion von dem unsichern Grunde der allgemeinen
freiwilligen Sammlungen hinweg auf eine feste und zu-
verlässige Grundlage stellen.

Zum Schluß sei eine Frage berührt, die gleichfalls
mit der Entwicklung der Arbeitskämpfe zusammenhängt,
die allerdings mehr organisatorischer Natur ist.
In den deutschen Gewerkschaften war, ihrem Wesen ent-
sprechend, stets das demokratische Prinzip lebendig. Die
Verfassung und Verwaltung unsrer Verbände trägt durch-
aus demokratisches Gepräge. Demgemäß hatten die ein-
zelnen Zahlstellen, Ortsvereine usw. in bezug auf die
Entscheidungen in den Lohnbewegungen eine ziemliche Be-
wegungsfreiheit. Je mehr sich die Arbeitskämpfe zu Aus-
einandersetzungen großen Stils entwickelten, um so mehr er-
gab die Praxis die Unzulänglichkeit dieser Einrichtungen.
In verschiedenen Fällen griff ein Konflikt, der zuerst
ganz lokaler Natur war, auf andre Orte über, führte zu
Aussperrungen, die die ganze Kraft der Gesamtorgani-
sation in Anspruch nahmen. Erheischte dann das allgemeine
Interesse die Beendigung des Kampfes, so ergaben sich
Reibungen höchst unerquicklicher Art. Die Mitglieder im
Ursprungsorte des Konflikts beanspruchten das Ent-
scheidungsrecht für sich, obwohl der Kampf längst aufge-
hört hatte, ihre besondere Angelegenheit zu sein.

Bei den großen zentralen Kämpfen ergibt sich leicht
eine ähnliche Situation. Ist eine Entscheidung gefallen,
so muß sie für das ganze Kampfgebiet gelten. Es ist dann
nicht zulässig, daß sich der einzelne Ort das Recht einer
eigenen Entschliessung vorbehält. Dies Recht muß viel-

mehr von den einzelnen Orten auf die Organe der Gesamtorganisation übertragen werden, also zumeist auf die Generalversammlung oder eine für die Leitung der Bewegung besonders eingesezte Körperschaft. Es ist nur allzu natürlich, daß die örtlichen Organisationen diese Bescheidung ihres Rechts nicht freudig aufnehmen, aber es ist andererseits auch sonnenklar, daß es bei den zentralen Kämpfen gar nicht anders möglich ist, zu sicheren Dispositionen und einheitlichen Beschüssen zu kommen. Die sachliche Notwendigkeit, das Interesse des gewerkschaftlichen Kampfes erheischt diese Wandlung sehr dringend.

Es ist nur eine mißverständliche Auffassung vom Wesen der Demokratie, wenn man in ihrem Namen dagegen opponiert. Das demokratische Prinzip ist keine starre Formel, sondern ein Grundgedanke, der nach vielen Seiten hin entwicklungsfähig ist. Wer sich auf den Standpunkt stellt, daß die wichtigen Entscheidungen stets nur durch die Gesamtheit, aber nicht durch die freigewählten Organe der Gesamtheit gefaßt werden können, leugnet das Prinzip der Organisation. Denn die Organisation setzt eine einheitliche Leitung, die einheitliche Geltendmachung des Willens der organisierten Masse voraus. So selbstverständlich bei den örtlichen Kämpfen das Entscheidungsrecht der örtlichen Organisationen ist, ebenso selbstverständlich ist bei den Kämpfen, die die Gesamtheit der Organisation betreffen, das Entscheidungsrecht der Organe der Gesamtheit.

Es ist notwendig, daß die Gewerkschaftsmitglieder die Lehren der letzten großen Kämpfe beachten; der Zweck dieser Zeilen ist, sie auf einige davon aufmerksam zu machen und sie zu eigenen Nachdenken darüber zu veranlassen.

Wie Herr Oswald den christlichen Hilfsarbeiterverband regiert?

Die christliche Gewerkschaftspresse befindet sich wieder einmal arg in der Klemme. Der ehemalige Redakteur der Gewerkschaftsstimme, Johannes Wolf, hat über die Mißwirtschaft im christlichen Hilfsarbeiterverband (Sitz in Schaffenburg) eine Broschüre herausgegeben, die insbesondere dem Zentrumsabgeordneten Oswald sehr unbehagen sein dürfte. In dem Vorwort teilt Wolf mit, daß er nach wie vor auf dem Boden der christlichen Gewerkschaftsidee stehe, deshalb könne von einem Nachseßer bei der Herausgabe der Broschüre keine Rede sein; auch sei er heute noch bereit, Opfer für die christliche Gewerkschaftsbewegung zu bringen, doch die unhaltbaren Zustände in seiner ehemaligen Organisation zwingen ihn jetzt, an die Öffentlichkeit zu treten. Man könne ihm nicht vorwerfen, er habe nicht früh genug eingegriffen wollen, denn in einer Beamtenkonferenz, an der auch Stegerwald selbst teilnahm, sei seinerseits schon auf die Mißstände in dieser Organisation aufmerksam gemacht worden. Das Material habe zurzeit völlig vorgelegen, heute klage selbst Stegerwald über die Schuldenwirtschaft dieser Organisation. Bis jetzt habe er geschwiegen, weil er dachte, daß die diesjährige Generalversammlung Remedur schaffen würde, was leider nicht eingetreten sei. Die christliche Arbeiterschaft lege ihm die Verpflichtung auf, jetzt an die Öffentlichkeit zu gehen.

Mehrere mitgeteilte Briefe bringen ganz interessante Sachen zutage. Nur eine Briefstelle sei hier veröffentlicht: Am 1. Januar 1909 schrieb ein Angestellter an seinen Kollegen W.: „Finanztechnisch sind wir soweit angelangt, daß Oswald (Der Vorsitzende, D. B.) vor Neujahr noch einen Pump von 5000 Mk. anlegen mußte, dabei hatten wir eine einzige Anweisung in meinem Bezirke, die 3500 Mk. kostete.“

Es werden dann die Angaben der Zentralkonferenz in ihren Jahresberichten und dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 13 1909 einer heftigen Kritik unterzogen. Der Verband gebe an, im Jahre 1908 seien für Streiks und Maßregelungen allein 55 437 Mk. ausgegeben worden. Und doch seien im ersten Quartal 1908 hierfür nur 1697.62 Mk., im zweiten 967.20 Mk., im dritten Quartal 2441.36 Mk., zusammen 4106.18 Mk. ausgegeben worden, im vierten Quartal hätten sich keine rechten Kämpfe abgepielt. Ueberdies sei im Vorstandsbericht von solchen Kämpfen nichts zu lesen. Die Ausgaben für Rechtschutz sollen nach dem Zentralblatt 14 319 Mk. betragen. Nach dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften wurden von dieser Organisation im Jahre 1904 240 Mk., im Jahre 1905 247 Mk., im Jahre 1906 258 Mk. ausgegeben; für die Zeit vom 1. April 1906 bis 1. April 1908 laut Protokoll der Organisation 2438.18 Mk. Im Zentralblatt gebe man aber für 1908 die Summe von 14 319 Mk. an.

Herr Oswald und die Diäten.

Auf der Generalversammlung 1908 in Schaffenburg war eine Mißstimmung vorhanden. Daß Oswald neben den Diäten als Landtagsabgeordneter ebenfalls das Gehalt des Verbandes weiterbeziehe. Mehrere Redner äußerten sich zu dieser für Oswald heiklen Frage. Ueber die Generalversammlung sollen zwei verschiedene Protokolle geführt worden sein. — Im Protokoll I steht:

Stegerwald führte aus: „Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten, welche Abgeordnete sind, beziehen während der Session keinen Pfennig Gehalt. Wir müssen deshalb schon aus agitatorischen Gründen die Gehälter unserer Abgeordneten kürzen, wie das andere Verbände bereits getan haben.“

Im Protokoll II ist der erste Satz umverändert geblieben, der letzte wurde verstümmelt und der für die Christlichen anrührende Hinweis: „aus agitatorischen Gründen“ gestrichen. Das sollten natürlich die christlichen Verbandsmitglieder nicht erfahren, daß ihre Führer, welche Abgeordnete sind, nur ungern auf die Verbandsgehälter verzichten und nebenbei auch noch den Diätenbezug genießen. Zum Puzeln ist es, wie Oswald auf der Generalversammlung diesen Gehaltsweiterbezug begründete:

Wenn die Kollegen aber wüßten, welche Nebenverpflichtungen (1) man als Abgeordneter hat für Unterstützung der Presse — der Parteifachen — für Repräsentation usw., dann glaube ich, dürfte jeder, der das Glück hat, Abgeordneter zu werden, ferner darauf verzichten. (1) — Ich (Oswald) sage das nicht für meine Person, sondern im Interesse der Kollegen, die vielleicht später daran kommen. (1)

Ja, warum legt dann Herr Oswald sein Mandat nicht nieder, wenn er mit den Diäten nicht auskommt. Steht ihm doch guate Zentrumsfach so hoch, oder läßt dies sein Ehrgeiz nicht zu. — Es ist sehr schön, wenn er auf die Repräsentationspflichten hinweist. Wenn ihm seine getreuen Zentrumsmitglieder eine Petition überreichen, so gibt er deshalb noch lange kein Gelage im Münchner Hofbräuhaus. Der weitere Hinweis auf die Unterstützung der Presse ist recht unklar. Bekanntlich verdient ein Teil der nationalen Abgeordneten bei der bürgerlichen Presse noch einen schönen Wagen Geld. Sie lassen sich ihre Mitarbeit meist ganz gehörig bezahlen. — Der Zentrumsabgeordnete und Bilschreiber Erzberger könnte sicherlich darüber am besten Aufschluß geben.

Ein Schilbbürgerrecht.

Der Hilfsarbeiterverband hatte bis 1908 seinen Sitz in München. Die Münchner Zahlstelle soll um diese Zeit 1039 Mitglieder gezählt haben. Zwei Monate vor der Schaffenburg

Generalversammlung zog Oswald mit Sad und Pad nach München. Dabei äußerte er sich einer Tochter Brauns (des ehemaligen Zentralvorsitzenden) gegenüber: „Ich komme ja doch wieder nach Schaffenburg.“

Herr Oswald betrieb die Sitzverlegung energisch und eifrig. Monate später zog er mit Kind und Regel frohen Mutes wieder nach dem schönen Mainstädtchen Schaffenburg, in welchem sein Verband gegen 25 Mitglieder zählte. Seine Gewerkschaft hatte für den wohlbestallten Zentrumsabgeordneten an 800 Mark Umzugskosten aufzubringen. Für den Verzug der übrigen Angehörigen kommen noch etwa 1400 Mk. hinzu. Nun sehen die christlichen Verbandsmitglieder, wie mit ihren Steuergroschen gewirtschaftet wird. Wir haben seinerzeit im Steinarbeiter schon auf diese Oswaldsche Geldentat hingewiesen. Wenn sich eine Verlegung wirklich notwendig gemacht hätte, dann müßte bis Frankfurt wegen der guten Bahnverbindung vorgedrückt werden, aber — dann wäre das bayerische Landtagsmandat und damit der schöne Diätenbezug zum Teufel gegangen. Das muß ein sonderbarer Vorstand sein, der kurze Zeit vor der Generalversammlung einen solchen Umzug bewerkstelligt und dann für die Sitzverlegung der Zentrale plädiert.

Das Beamtenheer.

Im christlichen Hilfsarbeiterverband mangelt es zwar an Mitgliedern, desto größer aber ist der Beamtenapparat. Die Mitgliederzahl beträgt etwas über 13 000, an Angestellten werden gezählt 16 männliche und 2 weibliche Personen. Der Sekretär Weizler soll öfters geäußert haben:

„Man weiß gar nicht, ob Thomas überhaupt noch für den Verband arbeitet. Er bezieht nur noch monatlich sein Gehalt.“ Thomas, welcher in Frankfurt a. M. stationiert war, scheint somit recht im Verborgenen gearbeitet zu haben. Nun wundert uns nicht mehr, wenn die christlichen Beamten in so phantastischer Weise über die Sozialdemokratie schimpfen, sie tun das, um ihre erfolglose gewerkschaftliche Arbeit verdecken zu können. Den christlichen Verbändlern wird somit etwas Staub vorgemacht, und die Schimpferei über die Not in den schwarzen Gewerkschaftsversammlungen ständig auf der Tagesordnung. — Der Bezirk Straßburg (Elsas) hatte einen eigenen Beamten, die Mitgliederzahl ging von 700 auf rund 106 herab. Aber trotzdem dachte die Verbandsleitung nicht daran, den ungeheuer kostspieligen Beamtenapparat zu verkleinern. Der Bezirk Straßburg war dem völligen Zusammenbruch nahe, nun wurde in Mülheim noch ein Streik durchgeführt, an welchem 80 Zigeleiarbeiter beteiligt waren. Wie die Christlichen Disziplin halten, geht aus folgendem hervor:

„Während des Streiks wurden die Leute unruhig, griffen die Arbeitswilligen an, gaben auf dieselben Revolvergeschosse ab, schiitten den Besitzern der Werte die Weinreben ab usw. Dagegen wurde eine geregelte Kontrolle über die Streikenden nicht geführt. Der Kampf endete mit einer völligen Niederlage.“

Wenn in einem „roten“ Zentralverbande so etwas vorkäme, was würden da die Herren Christen sagen? Wie würde über den Terrorismus und über die Roheit der Streikenden gemuttert, aber bei den Schwarzgen wird so etwas mit dem Mantel der christlichen Liebe zudeckt.

Eine hübsche Geschichte soll sich in Ingolstadt abgespielt haben. Der dortige Verbandsbeamte Bauer war zugleich auch Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftskartells, von dem er sich ohne Wissen der Verbandsvorstandschaft, aber mit stillschweigender Duldung Oswalds monatlich 30 Mark zahlen ließ. Diese „Arbeitszahlung des Gewerkschaftskartells“ soll zur Folge gehabt haben, daß 1907 bei der Gewerbegerichtswahl kein Geld mehr da war. Man habe deshalb kein Flugblatt drucken lassen können und so seien wegen Mangels an Mitteln die Siege am Gewerbegericht, die bisher den Christlichen gehört haben, an die Sozialdemokraten verloren gegangen.

„Eine antinützliche Organisation. Dem Zentrumsabgeordneten Oswald wird nun auch von einem hiesigen christlichen Hilfsarbeiterverband für die gewerkschaftliche Arbeit vollkommen untauglich ist. Der Arbeiter“, das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, schreibt in seiner Nr. 36 vom 8. September 1910 über diese Organisation:

„Daß der Verband in seiner Zusammenfassung nicht das Ideal einer Organisation darstellt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Verband nicht nach besten Kräften bestrebt war, die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen. Aber die Verschiedenartigkeit der Interessen der aus Dutzenden von Berufen sich rekrutierenden Mitglieder, die miteinander nicht die geringste Verwandtschaft haben, erschwert die gewerkschaftliche Arbeit sehr. . . Die Teilung des Verbandes wird deshalb auch nur eine Frage der Zeit sein.“

Hier wird also durch einen Fraktionskollegen des Herrn Oswald — der leitende Redakteur des „Arbeiter“ ist der Zentrumsabgeordnete Walterbach — bestätigt, daß die bedauerlicherweise Mitglieder dieses Verbandes ihre sauer verdienten „Arbeitergroßen“ für eine Organisation hergegeben haben, die auf ganzer, falscher Grundlage beruht, und die ihnen deshalb gar nichts nützen kann. Was aber eine Teilung des Verbandes anlangt, so kann nur daran glauben, wer die Starrköpfigkeit des wackeren Oswald nicht kennt. Das ist ja gerade der Punkt, der zu dem Konflikt zwischen Oswald und Wolf geführt hat.

Die christlichen Arbeiter wird es jedenfalls sehr interessieren, aus so herbenem Munde zu vernehmen, daß ihre Organisation überhaupt nicht lebensfähig ist. Oswald hat ja mit großem Wortschwall versucht, auch die Steinarbeiter vor seinen Wagen zu spannen. Beglückt ist ihm dieses allerdings nicht.

Der Internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen.

Vom 28. August bis 3. September trat in Kopenhagen der 8. internationale Sozialistenkongress zusammen. Die Bedeutung dieser Veranstaltungen hat eine stetige Steigerung erfahren; sie fanden abwechselnd in den verschiedensten Ländern statt. Der erste Kongress tagte 1889 in Paris, der vorletzte in Stuttgart 1907. In Deutschland selbst konnte er infolge unserer vielgerühmten „Freiheit“ erst einmal stattfinden, und auch in dem freieren Süddeutschland ging es 1907 nicht ohne Schwierigkeiten ab, denn wie bekannt, wurde der englische Delegierte D u e l c h ausgewiesen, weil er seinem Redefluß freieren Lauf ließ, als wie in Deutschland erlaubt. — Für die deutschen Sozialisten hat Kopenhagen auch historische Bedeutung, denn im Jahre 1888 wurde der deutsche Parteitag dort abgehalten. Ruchte im Auslande abgehalten werden, weil durch das Sozialistengesetz die Parteiangehörigen in Deutschland selbst heimatlos, ja vogelfrei waren. — Dem Proletariat ist schon oft seine internationale Gesinnung zum Vorwurf gemacht, und auch jetzt fehlt es nicht an höhnen und schamhaften Stimmen gegen den Verlauf des Kopenhagener Kongresses. Unsere Gegner wissen, welche Machtvolle des Proletariats sich auf diesen Kongressen offenbart und welche Kulturaufgaben diese zu erfüllen haben; sie sollen Mittel und Wege ausfindig machen, um der Form des heutigen Klassenstaates entgegenzutreten und an seine Stelle die sozialistische Gesellschaftsform zu setzen. Keine Gesellschaftsform darf bestehen, in der nur der Geldsack ein Recht hat; die Produktionsmittel müssen Gemeingut der ganzen Gesellschaft sein, und alle Arbeiter müssen den vollen Ertrag ihrer Arbeitskraft erhalten.

Der internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen war eine würdige Demonstration der Arbeiterbewegung, und gewaltig fand die Eindrücke, die die einzelnen Teilnehmer mit nach

ihrer Heimat genommen haben. Stolz können wir darauf sein, daß trotz der sprachlichen und nationalen Schwierigkeiten über den Beratungen solche Einmütigkeit und Einigkeit herrschte.

23 Nationen waren durch 887 Delegierte vertreten. Da brauchen wir keine Professoren als Uebersetzer, alles eigne Kraft, alles eine Gesinnung, ein Ziel! Der Tagungsort, die Hauptstadt des zwar kleinen aber auf hoher Kulturstufe stehenden Königreichs Dänemark bot den Delegierten Einbliss in die impensierbare Arbeiterbewegung Dänemarks. Die Eröffnungsfeier, der Umzug der Kopenhagener Arbeiterschaft nach dem Festplatz Søndermarken und die Schlussfeier des Kongresses im Rathaus zu Kopenhagen legten Zeugnis ab von der hohen Entwicklungslinie, auf der die dänische Arbeiterschaft steht. Besonders für die Delegierten aus Preußen-Deutschland bot es ganz Besonderes. So waren in dem Umzug die Vereinigungen der Briefträger, der Feuerwehrleute, der Bahnbeamten in Uniform mit ihren Fahnen vertreten und bei der Schlussfeier im Rathaus wurden die Delegierten von zwei sozialdemokratischen Bürgermeistern der Stadt Kopenhagen begrüßt. Für uns des Wunderbaren genug, für die dänischen Arbeiter sind es Erfolge ihrer gewerkschaftlichen und politischen Mühigkeit.

Als Vereinigung der politischen und gewerkschaftlichen nationalen Verbände bringt es der internationale Kongress mit sich, daß die Tagesordnung jeweils einen halb politischen und halb gewerkschaftlichen Charakter trägt. Sie lautet:

1. Die Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien;
2. Die Arbeitslosenfrage;
3. Das Schiedsgericht und die Abrüstung;
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeiterschutzgesetzgebung;
5. Die Organisation einer internationalen Rundgebung gegen die Todesstrafe;
6. Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren;
7. Die Organisation der internationalen Solidarität.

Die Tagesordnung war eine reichhaltige; die eigentliche Arbeit fällt mehr und mehr den Kommissionen zu, die für jeden Punkt der Tagesordnung eingesetzt werden und in die die einzelnen Nationen ihre berufensten Vertreter der betreffenden Materie entsenden. Erst wenn in diesen Kommissionen Verständigung über die einzuschlagenden Wege erzielt ist, dann gelangen diese Beschlüsse an das Plenum. Aus dieser Geschäftshandhabung ist ja ohne weiteres zu folgern, daß die Tagesordnung nicht so nach der Reihenfolge erledigt werden kann, wie sie aufgestellt ist, sondern so wie die Kommissionen fertig werden. Hier in diesen Kommissionen werden auch die eigentlichen Redeschlachten geschlagen; da werden die Kompromisse zustande gebracht, die alle die verschiedenen Auffassungen auf einen gangbaren Weg zusammenführen. Das Plenum prüft dann auf Grund des Kommissionsberichts die vorgelegten Resolutionen, genehmigt oder verwirft sie. Diese Behandlung schließt aber nicht aus, daß auch im Plenum noch scharfe Debatten entstehen; besonders in der Friedensfrage, Genossenschaftsfrage und in dem österreichisch-tschekischen Gewerkschaftsstreit gab es noch recht scharfe Debatten.

An erster Stelle wurde die Frage der Arbeitslosenverpflegung beraten. Die Kommission legte folgende Resolution vor, die von Dr. Ad. Braun (Oesterreich) temperamentsvoll begründet wurde. Da die Resolution für die Gewerkschaftsbewegung besonderes Interesse hat, drucken wir sie im Wortlaut ab:

Resolution betr. die Arbeitslosigkeit.

Der Kongress stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist und daß sie nur mit dieser verschwinden wird. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um ihre Minderung und um die Vinderung ihrer Folgen handeln.

Der Kongress fordert die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine, obligatorische Arbeitslosenversicherung.

Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen von den öffentlichen Gewalten fordern:

1. Eine genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit.
2. In ihrem Umfange ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der von den Gewerkschaften anerkannten Löhne.
3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenklassen während der Krise.
4. Keine Verringerung an Arbeitslose darf eine Minderung ihrer politischen Rechte zur Folge haben.
5. Errichtung und Unterstützung von Arbeitsnachweisinrichtungen, in denen die Freiheiten und die Interessen der Arbeiter durch die Gewerkschaften gewahrt werden.
6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen.
7. Bis zur Verwirklichung der allgemeinen, öffentlich-rechtlichen, obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern.

In der Kommission standen sich in dieser Frage zwei Auffassungen gegenüber. Ein Teil der ausländischen Genossen beauftragten staatliche Arbeitslosenversicherung mit Anerkennung des „Rechts auf Arbeit“, während die deutschen und holländischen Genossen Unterstützung aus öffentlichen Mitteln für diejenigen Gewerkschaften verlangten, die bereits Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder bezahlen. In der Plenarsitzung wurde die Resolution von den englischen Delegierten Macdonald und D u e l c h bekämpft, weil sie den Engländern zu schwächlich war und weil sie das „Recht auf Arbeit“ nicht enthielt. Besonders hervorgehoben wurde aber von den Engländern, daß auch sie der Meinung sind, daß die kapitalistische Produktionsweise die Schuld an der Arbeitslosigkeit trägt und daß ihr die Pflicht auferlegt werden muß, für die Folgen der Arbeitslosigkeit aufzukommen.

Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen, die Engländer und ein Teil der Franzosen enthielten sich der Abstimmung.

Der nächste Berichterstatter Dr. E l e n b o g e n (Oesterreich) hatte nicht weniger als acht Resolutionen zu begründen: über die Abschaffung der Todesstrafe, die Zustände in Argentinien, Japan, Persien, Türkei, Spanien, Finnland sowie die Vereinheitlichung der sozialistischen Parteien in jenen Ländern, wo noch Gruppen bestehen, die sich gegenseitig bekämpfen. Die Unstimmigkeiten, die von einzelnen Delegierten Amerikas und Bulgariens im Plenum zum Ausdruck kamen, fanden bei der Mehrheit des Kongresses keinen Anklang; auch der Resolution, welche das Internationale Bureau in Brüssel beauftragt, den Ländern, in denen noch verschiedene Parteigruppen bestehen, seine Anregung zur Einigung anzubieten, wurde lebhaft und einstimmig zugestimmt.

Die Resolution über: Weltfrieden, Abrüstung und Schiedsgericht begründete Ledebour (Deutschland). Ein Amendement von den Delegierten Reir Hardie und B a i l l a n t rief scharfe Debatten hervor, denn es verlangte bei Kriegsgesahr in denjenigen Berufen, welche für den Krieg liefern — allgemeinen Streik. Deutsche und Oesterreicher erklärten sich mit aller Bestimmtheit gegen das Amendement, die Gründe hierzu liegen auf der Hand. Das Amendement wurde schließlich dem Internationalen Bureau überwiesen zur Berichterstattung über diese Frage an den nächsten Kongress. Die Resolution wurde darauf einstimmig angenommen.

Die in gewerkschaftlicher Beziehung wichtigste Frage des Kongresses war der österreichisch-tschekische Gewerkschaftsstreit. Die sozialistische Partei in Oesterreich ist nach Nationalitäten organisiert und die Autonomie jeder Nation anerkannt. Ein Zusammenwirken der nationalen Parteien war bisher stets möglich. Auch auf den internationalen Kongressen hatte die tschekische Nation ihre eigene Vertretung. Diesen Zustand wünschten die Tscheken auch auf die Gewerkschaften ausgebeugt zu wissen,

Halb sie besondere tschechische Gewerkschaften gründeten, den Austritt tschechischer Arbeiter aus den Reichsverbänden propagierten und die Ablegerung von Beiträgen nach Wien untersagten. Die tschechischen Parteileiter erklärten: Die Gewerkschaften hätten sich den Existenzbedingungen der Partei anzupassen, denn die Partei brauche die Gewerkschaften und deren Mittel. Die Partei müsse sich den notwendigen Einfluss auf die Gewerkschaften wahren und deren Mittel in der Hand behalten; sie könne nicht dulden, daß die tschechischen Gewerkschaften ihre Gelder nach Wien schicken und von Wien her Befehle erhielten. Partei und Gewerkschaften sollten nach der Resolution des Stuttgarter Kongresses möglichst innig verbunden sein. Sozialdemokratische Gewerkschaften — das heißt in Böhmen tschechische Gewerkschaften.

Bei den übrigen Nationen fand diese tschechische Argumentation keinerlei Anklang. Einmütig erklärten sie den Tschechen, daß die Stuttgarter Resolution in erster Linie die Einheit der Gewerkschaften in jedem staatlichen Wirtschaftsbereich fordere, und daß eine Gewerkschaftsbewegung, nach Nationen zerplittert, in einem Staatswesen wie Oesterreich zur Ohnmacht verdammt sei. Aber weder die friedlichsten und dringendsten Ermahnungen, noch die Hinweise auf die Konsequenzen ihres gewerkschaftsmörderischen Verhaltens fruchteten bei den Tschechen, die rücksichtslos ihre rationalistische Auffassung für die rechte hielten und selbst dem Unwillen des Gesamtkongresses trotzten. Im Plenum vertrat Plechanoff (Rußland) den Standpunkt aller übrigen Nationen, und besonders der alte Partei- und Gewerkschaftsveteran Grewlich (Schweiz) fand Worte von hinreichender Ueberzeugungskraft, denen der Kongreß stürmisch applaudierte. Die tschechischen Vertreter erklärten, trotzdem auf ihre Weise weiterarbeiten zu wollen, bis sich in der Internationale eine „bessere Anschauung“ bilde. Mit 222 gegen 5 (tschechische) Stimmen wurde die Einheitsresolution der Kommission angenommen.

Resolution betr. die gewerkschaftliche Einheit.

Der Internationale sozialistische Kongreß zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

In vielsprachigen Staaten muß selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national-separatistische Teile zu zerlegen, der Absicht dieser Resolution des internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale sozialistische Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften werden aufgefordert, den unmittelbar interessierten Parteien ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die darüber vorkommenden Konflikte zu ebnet, in einem Geiste der Verständigung und der sozialistischen Brüderlichkeit.

An die Auseinandersetzungen über die österreich-tschechische Frage schloß sich eine andre, für die Gewerkschaften nicht minder wichtige Angelegenheit, die Internationale Solidarität bei Streiks und Ausperrungen. Die Resolution über diesen Punkt vertrat Duggler (Schweiz). Bekanntlich haben bei der schwedischen Ausperrung die Engländer und auch die Franzosen in der finanziellen Unterstützung vollständig versagt. Der Berichterstatter fand kräftige Worte gegen diese Unsolidarität, und Genosse Cohen (Deutschland) wies ebenfalls die Einwendungen der Engländer wirksam zurück. Der Redner der englischen Arbeiter brachte verschiedene Entschuldigungsgründe vor, so seien Extrabeiträge, größere Geldbewilligungen von der Abstimmung der Mitglieder abhängig, die Kräfte der Zeit gestattete eine solche nicht, dann wäre die Krise vorhanden gewesen, auch hätten sie keine Tagespresse, um an die Massen heranzukommen usw. Eine verpfändete Erklärung haben jedoch die Engländer nicht abgeben können. Darauf hin, daß die deutschen Arbeiter trotz der außerordentlichen Wirkung der Wirtschaftskrisis ihre Pflicht voll und ganz getan. Die untenstehende Resolution wurde dann einstimmig angenommen:

Resolution betr. internationale Solidarität.

Der Internationale sozialistische Arbeiterkongreß von Kopenhagen,

in Anbetracht des hervorragenden internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und in Erinnerung an die Traditionen, die seit den Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind,

fordert die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterklasse des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchsetzen kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen, um die gebieterische Pflicht der Arbeiterkollektivität in dieser Weise in Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals wird in Krisen- und Notzeiten, in Kartellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Kraft vor allem in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an. Gewerkschaftliche Massengewerkschaften, von Massenauflösungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1909, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterklasse etwas ganzes Landes oder eines ganzen Gewerbes ohne internationale Unterstützung der Uebermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen können.

Der Kongreß empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationale zu untersuchen, welche Formen der internationalen Arbeiterkollektivität die zweckmäßigsten sind. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongreß:

das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem Laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterklasse überall wahrzunehmen und um den allzu oft direkt erlogenen „Neuigkeiten“, die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu verwenden.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse emporkommt, die Kraft genug besitzt, die breiten Volkskreise von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen.

Die Kommission für Arbeitergesetzgebung legte folgende Resolution vor, die von Mollenbuhr (Deutschland) vertreten und ohne Debatte angenommen wurde:

Resolution betr. Arbeitergesetzgebung.

Die mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter führte Zustände herbei, die ein Eingreifen der Gesetzgebung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig machten.

In keinem Lande erreichen die Schutzgesetze das, was auch nur annähernd im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist und was ohne Schädigung der Industrie gegeben werden kann.

Der Kongreß erinnert an folgende betreffs der Arbeitergesetzgebung im allgemeinen schon durch den Pariser Kongreß von 1889 für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts erhobene Mindestforderungen:

1. einen höchstens achtstündigen Arbeitstag;
2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
3. Verbot der Nachtarbeit, außer wenn sie wegen der Natur der Arbeit aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt geleast werden muß;
4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche, für jeden Arbeiter;
5. Verbot des Trudsystems;
6. Sicherstellung des Koalitionsrechtes;
7. eine wirksame und durchgreifende Inspektion der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe unter Mitwirkung der durch die Arbeiter gewählten Personen.

Zwar hatte der Pariser Kongreß zur Folge, daß 1890 in Berlin und 1906 in Bern Arbeiterschutzkonferenzen der Regierungen zusammentraten und internationale Verbindungen für Arbeiterschutz gebildet wurden, aber trotz der vielen Verhandlungen wurden sehr wenig positive Leistungen durch die Gesetzgebung geschaffen, weil die herrschenden Klassen in der Befürchtung, daß ihr Klasseninteresse geschädigt wird, dem Arbeiterschutz entgegenwirken, und das, wiewohl durch Arbeiterschutz in keinem Lande irgendein Erwerbszweig geschädigt ist, vielmehr die Hebung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter der allgemeinen Kultur und auch der Unternehmerrasse einen Vorteil bringt.

Um ein Versinken der Arbeiter in Pauperismus zu hindern, forderte der Kongreß zu Amsterdam 1904, daß unter voller Selbstverwaltung durch die Arbeiter und bei gleichzeitiger Behandlung der Angehörigen der verschiedenen Nationen, in allen Ländern Einrichtungen geschaffen werden, die ausreichende Subsidien- und Heilmittel den Kranken, Verletzten, Invaliden und Alten gewähren, die den Schwangeren und Wöchnerinnen diejenige Hilfe bringen, die für das Gedeihen des Säuglings und der Mutter geboten ist, und die die Witwen und Waisen sowie die Arbeitslosen vor Not bewahren.

Die bestehenden Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-gesetze genügen keineswegs den ebenso notwendigen wie berechtigten Anforderungen der Arbeiter. Insbesondere schutzlos sind die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Nur durch nachhaltiges Drängen der Arbeiter kann mehr erreicht werden.

Der Kongreß fordert deshalb die Arbeiter aller Länder auf, sie mögen in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft oder in andern Arbeitszweigen beschäftigt sein, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen und einen wirksamen Arbeiterschutz durch unablässige Agitation und durch mächtigen Ausbau der klassenbewußten Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erobern.

Ohne Debatte gelangten noch die Resolutionen zum Asylrecht (Berichterstatter Keir Hardie) und zur Marokkofrage (begründet von Ingleas) zur Annahme. Die Resolutionen bringen wir nicht zum Ausdruck wegen Raumangel.

Als letzter Punkt stand die Genossenschaftsfrage zur Diskussion. Hierüber waren die Kommissionsverhandlungen am langwierigsten. Als erster Punkt der Tagesordnung sollte die Frage erledigt werden und als letzter gelangte er zur Beratung. Die Auffassung über die Bedeutung und den Wert der Genossenschaften ist in einzelnen Ländern eine ganz verschiedene. Eine Verständigung in der Kommission konnte auch hier nur durch ein Kompromiß erzielt werden. Der Raum gestattet uns nicht, auf die verschiedenen Anschauungen in der Genossenschaftsbewegung, so wie sie in der Kommission zum Ausdruck kamen, einzugehen; v. Elm (Deutschland) vertrat mit Sachkenntnis und großem Geschick die gegen wenige Stimmen angenommene

Resolution betr. Genossenschaftswesen.

In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, sondern daß sie berufen sind,

die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeit herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterklasse um die Erringung ihres unverrückbaren Zieles — der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Bergewaltigung aller Mittel der Produktion und des Austausches — führt und daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Der Kongreß fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinebewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongreß macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken,

daß die Ueberträge nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großverkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen;

daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden, daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und

daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden.

Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.

In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größer sein werden, je stärker und geschlossener sie selbst ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, einen einheitlichen Verband bilden müssen.

Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer inniger werden.

Als nächster Kongreßort (1913) wurde Wien bestimmt. Mit begeisterten Schlußreden wurde dann der Kongreß geschlossen. Es war eine Woche angestrengter Arbeit für die Kommissionsmitglieder und für die Leitung des Kongresses. Für die Arbeiterklasse der ganzen Kulturwelt ein Beweis ihres Könnens, ihres Willens und ihrer geschichtlichen Aufgabe, die alle Schwierigkeiten der verschiedenen nationalen Eigenarten überbrückt.

Ganz naturgemäß muß die beratende und beschließende Tätigkeit internationaler sozialistischer Kongresse in demonstrativen Kundgebungen, welche die Form von Resolutionen haben, gipfeln. Nur in solchen Kundgebungen kann die Meinung des Kongresses und sein Appell an die Arbeiterklasse aller Länder ihren Ausdruck finden. Wenn auch jezt wieder, wie früher schon, bürgerliche Blätter sich über die Bedeutung der beschlossenen Resolutionen hinwegsetzen mit der im spöttischen Tone gehaltenen Bemerkung, es seien „wieder einmal die üblichen langatmigen Kundgebungen“ erfolgt, so ist das lächerlich; denn der große Zweck internationaler sozialistischer Kongresse ist ja vor allem die Propaganda, die Einwirkung auf die weiteste Öffentlichkeit. Daß unsere Gegner vor der ausgiebigen Erfüllung dieses Zweckes nicht erbaut sind, begreifen wir; aber sie sollten darob nicht so herzlich dumm sich gebärden. Sie bringen es ja doch nicht fertig, hinwegzutäuschen über den gewaltigen Ernst und kulturellen Wert der verurteilenden und mahnenden Stimme der Vertreter des internationalen Proletariats.

Die Aussperrung in der Sandstein-Industrie Sachsens.

Aus Anlaß des Streiks der Dresden-Pirnaer Sandsteinmetzen, der nunmehr sechs Wochen dauert, hat der sächsische Bezirksverband deutscher Steinbruch- und Steinmetzgewerkschaften eine Aussperrung der sächsischen Sandsteinmetzen verfügt und zwar in Chemnitz, Leipzig, Plauen, Riesa und Zwickau. Die Aussperrung selbst kam uns keineswegs überrascht, denn seit zwei Wochen haben die Unternehmer schon Sitzung über Sitzung abgehalten, um die Aussperrung zustandezubringen. Es hatte in ihren Reihen besondere Schwierigkeiten und besonders in Leipzig sollen sich ganz energische Stimmen gegen diese Aussperrung gefunden haben; nur die Materialsperrung, also die Borenthaltung des Rohmaterials aus den Elbsandsteinbrüchen, hat die Protestler jäglam gemacht. Die Ursachen des Streiks in Dresden-Pirna sind unsern Mitgliedern bereits bekannt, aber trotzdem wollen wir noch kurz die Situation, die zum Streit führte, skizzieren. Der sächsische Bezirksverband der Unternehmer verhandelte mit unsern Vertretern zwecks Einführung eines Bezirks-Einheitsstarifs für die sächsische Sandsteinindustrie. Verschiedene Sitzungen hatten bereits stattgefunden und hier stellte sich immer mehr heraus, daß die Unternehmer aus dem Elbsandsteingebiet ganz besondere Abfichten hatten; sie wollten — trotz der gegenteiligen Versicherung — ein Geschäft bei der Einführung des Bezirkstarifs machen. Um nun sicher zu gehen, verlangten die Vertreter der Arbeiter eine bestimmte Verlängerung der abgelassenen Tarife und für das Postaer Gebiet die Einführung des Dresden-Pirnaer Tarifs mit 60 Prozent Härtezuschlag. Die Entlohnung im Postaer Gebiet im Vergleich zu Dresden-Pirna war schon stets ein Mißverhältnis und dieses auszugleichen war schon lange sehr nötig. Der Dresden-Pirnaer Tarif sieht 75 Prozent Härtezuschlag vor, während der abgelassene Postaer Tarif nur 33 1/3 Prozent berechnet. Mit der Forderung von 60 Prozent Härtezuschlag für das Postaer Gebiet war dessen Produktionsverhältnissen, durchaus Rechnung getragen. Der Ausgleich des Mißverhältnisses in der Entlohnung der beiden eng liegenden Gebiete liegt aber nicht nur im speziellen Interesse der Postaer Sandsteinmetzen, sondern ganz erheblich sind, außer den Postaer Unternehmern, die übrigen Unternehmer der sächsischen Sandsteinindustrie an dem Ausgleich interessiert. Denn soweit die Entlohnung der Arbeiter auf die Lieferungspreise Einfluß hat, wird die Konkurrenz aus dem Postaer Bruchgebiet zurückgehalten. Seit Jahren haben ganz besonders Dresdener Unternehmer die Sandsteinmetzen dazu gedrängt, den Unterschied in der Entlohnung wenigstens einigermaßen auszugleichen. Ebenso geht es den Unternehmern in Leipzig und andern Orten. So war die Situation und allseitig wurde von den Arbeitervertretern bei der letzten Bezirkstarifverhandlung angenommen, daß die übrigen sächsischen Unternehmer in ihrem eigenen Interesse mit aller Energie veruchten, ihre Postaer Kollegen zum Entgegenkommen auf die berechtigten Forderungen der Postaer Sandsteinmetzen zu veranlassen. Allein bei solchen beinahe selbstverständlichen Sachen steigt selten die bessere Einsicht. Das Verlangen der Steinmetzen für das Postaer Gebiet wurde abgelehnt, darauf kam es zum Streit der Steinmetzen im ganzen Elbsandsteingebiet. Die Dresden-Pirnaer Kollegen verlangten nun auf ihren abgelassenen Vertrag eine 10prozentige Lohnerhöhung. Ob nun letzteres mit Rücksicht auf das Postaer Gebiet taktisch richtig gehandelt war, ist eine andre Frage, die momentan nicht aufgerollt werden soll. Ueber die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung für Dresden-Pirna gibts keine Meinungsverschiedenheit im Hinblick auf die stetige Steigerung des Lebensunterhaltes, aber bei solchen Situationen, wie sie die Bezirkstarifverhandlungen erzeugen, kann die Notwendigkeit nicht allein ausschlaggebend sein. Da kommen noch andre Faktoren in Betracht, aber wie gesagt, die Aufrollung dieser taktischen Frage wird später erfolgen. Jezt heißt es, den Kampf zum günstigen Ende führen. Eine Einigungsverhandlung am 2. September führte zu keinem Resultat. Das Angebot der Unternehmer war zu minimal, um ernstlich in Erwägung zu kommen. Die Ablehnung seitens der Kollegen brachte dann die Aussperrung. Wir sind ja gewohnt, daß die Unternehmer das Pferd beim Schwanz aufzäumen und durch unsinnige Kraftproben, wie die Aussperrung sie darstellt, imponieren wollen. Wir können aber dem Dinge ruhig zusehen, denn die Aussperrung und die Materialsperrung ist nicht so total, wie die Unternehmer es wollten. Wir wissen auch ferner, wie die Arbeitsgelegenheit steht, und wenn die Unternehmer in den einzelnen Städten nicht wollen, daß die vorliegenden Arbeiten in andre Steinbruchgebiete wandern oder gar aus Kunststein hergestellt werden, dann bleibt in ihrem eigenen Interesse ihnen nichts weiter übrig, als eine Verständigung zu suchen, die den berechtigten Forderungen der Steinmetzen mehr Rechnung trägt, wie das Angebot vom 2. September. Zugang nach Sachsen ist selbstredend streng fernzuhalten! Einige Leipziger Unternehmer sitzen durch die Aussperrung böse in der Tinte und beabsichtigen, auswärtige Arbeitsträfte heranzuziehen.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 38.

Sonnabend, den 17. September 1910.

14. Jahrgang.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909.

III.

Die Angaben über die unabhängigen Vereine und Lokalorganisationen sind teils den Berichten der Vorstände, teils dem Statistischen Jahrbuch entnommen. Das letztere berichtet über 28 Organisationen mit 654 240 Mitgliedern. Unter diesen befindet sich der Verband der Eisenbahnvereine der preussisch-hessischen Staatsbahnen mit 433 137 Mitgliedern. Die diesem Verband angeschlossenen Vereine, die sogenannten „Buddistenvereine“, wird man nicht gut als gewerkschaftliche Organisationen ansehen können. Sie sind auf Veranlassung des verstorbenen preussischen Eisenbahnministers Budde von den Eisenbahndirektionen ins Leben gerufen und haben nicht den Zweck, die Forderungen der Eisenbahner zu vertreten, sondern gleich den „gelben Vereinen“ die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu verhindern. Ferner finden sich in der Tabelle im Statistischen Jahrbuch Organisationen, die bisher von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften als zu den christlichen Gewerkschaften gehörend gezählt worden sind. Wenn die Berichtszahlen der Verbandsvorstände mit denen des Statistischen Jahrbuchs kombiniert werden, so ergibt sich für 38 Organisationen, die mehr oder weniger als Gewerkschaften angesehen werden können, eine Mitgliederzahl von 236 132 (1908 = 203 485). Es waren in folgenden Organisationen Mitglieder vorhanden: Bauhilfsarbeiter 550 (550), Polnische Berufsvereinigung 56 183 (48 752), Brauereiarbeiter 3420 (3500), Technisches Bühnenpersonal 450 (500), Dachdecker 170 (120), Badische Eisenbahner 11 334 (10 997), Süddeutsche Eisenbahner 12 553 (13 246), Württembergische Eisenbahner 8000 (8380), Eisenbahnhandwerker 56 767 (41054), Gastwirtschaftlichen 23195 (21849), Gemeindegewerkschaften 18011 (18011), Pflege- und Badepersonal 3095 (—), Glaser 40 (50), Graveure der Stoffindustrie 510 (528), Hafnarbeiter 15 (15), Jolierer 50 (60), Maler 70 (100), Maschinisten 7000 (6750), Metallarbeiter 6898 (6898), Molekteure 269 (267), Porzellanarbeiter 303 (303), Bayerisches Post- und Telegraphenpersonal 12 182 (11 420), Sattler 45 (—), Schneider 100 (100), Steinseher 40 (—), Tapezierer 55 (50), Telegraphenarbeiter und Handwerker 4915 (3520), Textilarbeiter 700 (700), Töpfer 392 (380), Transportarbeiter 3300 (1600), Zeichner 1859 (1446), Ziegler 4276 (4050), Zigarrensortierer 100 (120), Zimmerer 1000 (700), und Zivilmilitär 14 341 (13 537). Die meisten dieser Vereinigungen werden kaum als Gewerkschaften zu zählen sein, doch wird sich eine bestimmte Grenze schwer ziehen lassen. Ganz werden sie bei der Zählung nicht ausgeschlossen werden können, weil unter ihnen sich auch die ehemaligen Lokalvereine befinden, für die allerdings nur schätzungsweise Zahlen vorliegen, weil die Geschäftskommission dieser Vereinigungen wiederum dem Statistischen Amt die Lieferung des Zahlenmaterials verweigert hat.

Die Vereinigungen von Privatbeamten werden, soweit sie nicht einer Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind, nicht als Gewerkschaften angesehen werden können und wohl auch selbst als solche nicht gelten wollen. Das Statistische Jahrbuch verzeichnet 63 Organisationen von Privatbeamten. Bei 7 der Vereinigungen fehlt die Angabe der Mitgliederzahl. Die 56 Verbandsangaben vorliegen, hatten insgesamt 734 794 Mitglieder, darunter 54 816 weibliche. Hier sind aber der Bericht der Reichsleitung über den Verband der Christlich-Dunderschen Gewerkschaften angeschlossen ist, und die der Generalkommission angeschlossen sind die Handlungsgeschilfen, der Lagerhalter und der Bureauangestellten eingerechnet. Diese 4 Verbände mit 35 593 Mitgliedern, wovon 8272 weibliche, sind bereits in den betreffenden Gewerkschaftsgruppen gezählt. Es bleiben somit 52 Vereinigungen der Privatbeamten mit 699 201 Mitgliedern, wovon 46 544 weibliche. Es wird berichtet über 13 kaufmännische Verbände mit 475 215 (40 639 weiblichen) Mitgliedern, 17 Technikerverbände mit 112 410 (10 weiblichen) Mitgliedern, 11 Verbände der Bureauangestellten mit 16 600 (20 weiblichen) Mitgliedern, 5 Verbände landwirtschaftlicher Beamten mit 20 275 und 7 verschiedene Verbände mit 69 771 (5875 weiblichen) Mitgliedern.

Gelbe Arbeiterverbände und Werkvereine zählte das Statistische Jahrbuch 85 mit 71 346 Mitgliedern gegen 79 mit 63 877 im Jahre 1908. Dem Reichsverband der nicht-gewerkschaftlichen Arbeiter in Augsburg sollen in 38 Vereinen 26 471 Mitglieder angehören. Der gelbe Arbeitsbund in Charlottenburg-Berlin soll von 14 970 auf 23 540 Mitglieder angewachsen sein. Der Werkverein für Berlin und Umgebung rechnet sich 22 316, der für Bayern (ohne Pfalz) 12 955, der für Rheinland 11 138 Mitglieder zu, während der Bund der Vädergesellen von 10 138 Mitgliedern berichtet. Die andern anti-gewerkschaftlichen Vereine weisen keine nennenswerten Mitgliederzahlen auf. Die 24 Vereine, die über die Klassenverhältnisse berichten, verzeichnen eine Einnahme von 473 679 Mark. Wieviel davon auf Beiträge der Unternehmer entfällt, wird nicht angegeben. Die Ausgabe wird mit 402 610 Mark, der Vermögensbestand mit 473 602 Mark angegeben. Diese Zahlen beweisen,

daß diese von den Unternehmern gezielte Sumpfpflanze keinen kulturfähigen Boden gefunden hat.

Die gewerkschaftliche Bewegung insgesamt weist gegenüber dem Vorjahre einen kleinen Fortschritt auf. Die Zentralverbände hatten 1 832 667 (1908: 1 831 731), die Christlich-Dunderschen Gewerkschaften 108 028 (105 633), die christlichen Gewerkschaften 270 751 (264 519), die unabhängigen Vereine 236 132 (203 485), zusammen 2 447 578 (2 405 368) Mitglieder, somit einen Mitgliederzuwachs von 42 210, dessen größter Anteil auf die Organisationen entfällt, welche die geringste gewerkschaftliche Bedeutung haben. Im Jahre 1909 hatten die Zentralverbände 680 427, die Christlich-Dunderschen Gewerkschaften 91 661, die christlichen Gewerkschaften (Gesamtverband) 78 664, die unabhängigen Vereine (einschließlich Lokalvereine und unabhängige christliche Gewerkschaften) 144 683, zusammen 995 435 Mitglieder. In den letzten zehn Jahren haben somit diese gewerkschaftlichen Vereinigungen einen Mitgliederzuwachs von 1 452 143 zu verzeichnen, wovon auf die Zentralverbände 1 152 240 und auf die andern drei Organisationsgruppen 299 903 Mitglieder entfallen. Die Jahreseinnahmen der vier Gruppen betrugen 1909 59 617 413 Mark. (Zentralverbände 50 529 114 Mark), die Ausgaben 53 898 787 Mark. (46 264 031 Mark.), die Kassensbestände 52 400 680 Mark. (43 480 932 Mark.).

Wie die Christlich-Dunderschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften in der Gesamtleistung hinter den Zentralverbänden zurückbleiben, so stehen sie auch in den Einzelleistungen immer wieder auffällig zurück. Es ist nicht überflüssig, hierauf immer wieder aufmerksam zu machen, denn beide Organisationsgruppen wollten den Kampfcharakter der Zentralverbände nicht haben, sich vielmehr friedlicher Arbeit im Dienste ihrer Mitglieder widmen. Besonders haben die Christlich-Dunderschen Gewerkschaften stets ihre Leistungen auf dem Gebiete des Unternehmensewesens gegenüber den Zentralverbänden hervor. Als ihnen dann während einiger Jahre nachgewiesen wurde, daß sie auch hier hinter den Gewerkschaften weit zurückstehen, kamen sie auf die unglückliche Idee, die Ausgaben der eingetragenen Hilfskassen als Leistungen der Gewerkschaften zu verrechnen. Sie können aber nicht verlangen, daß wir eine solche Verrechnungsmethode mitmachen. Infolgedessen sind bei den Berechnungen die Ausgaben der Krankenkassen der Christlich-Dunderschen Gewerkschaften nicht mitgerechnet. Die christlichen Gewerkschaften haben sich mit den Tatsachen abgefunden und nicht, wie im Bericht für 1908, in dem sie sagten, es „müssen mit dieser bloßen mamonistischen Agitation geradezu die ideellen Triebkräfte in der Gewerkschaftsbewegung erstickt werden“, versucht, die Unterstützungsleistungen und die Leistungen der Zentralverbände herabzusetzen.

Der Vergleich der Leistungen der Zentralverbände, Christlich-Dunderschen Gewerkschaften und christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909 ergibt das gleiche Resultat wie in den Vorjahren. Es zählten für:

Rechtschutz und Unterstützungen insgesamt:

	Organi- sationen	Mit- glieder- zahl	Mark.	pro Kopf
Zentralverbände . . .	57	1 832 667	21 114 446	11.52
Ch.-D. Gewerkschaften . . .	22	108 028	498 172	4.06
Christl. Gewerkschaften . . .	21	270 751	1 214 450	4.49
Streits, Ausperrungen und Gemahregelte:				
Zentralverbände . . .	57	1 832 667	7 978 115	4.35
Ch.-D. Gewerkschaften . . .	22	108 028	148 228	1.37
Christl. Gewerkschaften . . .	21	270 751	489 023	1.80
Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:				
Zentralverbände . . .	56	1 823 663	9 719 757	5.33
Ch.-D. Gewerkschaften . . .	15	101 572	357 321	3.52
Christl. Gewerkschaften . . .	13	185 544	195 536	1.05
Arbeitslosenunterstützung:				
Zentralverbände . . .	42	1 438 984	8 593 928	5.97
Ch.-D. Gewerkschaften . . .	15	101 572	341 009	3.36
Christl. Gewerkschaften . . .	13	185 544	195 536	1.05

Wir haben alle Ursache, der Arbeiterschaft durch solche Feststellungen immer wieder zu zeigen, daß sie in den Zentralverbänden ihre Interessen nicht nur im Lohnkampf, sondern auch auf allen andern Gebieten am besten und eifrigsten gewahrt finden. Damit soll nicht gesagt werden, daß diese Verbände nicht des weiteren Ausbaues bedürfen. Der Fortschritt der Konzentration der Unternehmerorganisationen und die Ausperrungstaktik der Unternehmer wird die Gewerkschaften zwingen, ihre Rüstung für den Lohnkampf immer noch weiter zu feigern.

Die Arbeitgeberverbände, d. h. die Unternehmerorganisationen, die ausschließlich den Zweck verfolgen, die Forderungen der Arbeiter zu bekämpfen, werden im Reichsarbeitsblatt etwas vollständiger nachgewiesen als im Vorjahre. Das reichsstatistische Amt klagt auch jetzt noch über mangelndes Entgegenkommen folgend: „Einige Verbände verhielten sich noch ablehnend oder blieben mit für die Statistik nicht unwesentlichen Angaben im Rückstande.“ So ist diese noch lange nicht voll-

kommen und bietet noch keineswegs ein vollständiges Bild der Kampfsorganisationen der Unternehmer. Es werden von dem Statistischen Amt gezählt 84 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände und 2055 Ortsverbände, zusammen 2613 Vereinigungen. Von diesen haben nur 1923 Angaben über die Zahl ihrer Mitglieder und nur 1414 solche über die Zahl der von den Mitgliedern beschäftigten Arbeiter gemacht. Diese Verbände hatten 115 095 Mitglieder, die 3 854 680 Arbeiter beschäftigten. Die größte Anzahl der Vereinigungen besteht im Baugewerbe. Das Reichsarbeitsblatt weist hier 9 Reichsverbände, 132 Landes- oder Bezirksverbände und 1085 Ortsverbände, insgesamt 1228 Organisationen auf. Auf die einzelnen Industriegruppen verteilen sich die Arbeitgeberverbände folgend:

Rang- Nummer	Berufsgruppe	Anzahl	Davon mit Angaben über		Diese hatten		
			Mit- glieder	Ar- beiter	Mit- glieder	beschäftigte Arbeiter	
1	Landwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	31	30	9	5 949	31 080	
2	Bergbau-, Hütten- u. Salinenwesen	9	7	7	243	451 289	
3	Industrie der Steine und Erden	79	69	50	3 751	193 150	
4	Metallverarbeitung, Maschinenindustrie	168	145	114	12 398	754 310	
5	Chemische Industrie	4	4	4	105	24 084	
6	Textilindustrie	88	36	31	612	473 409	
7	Papierindustrie	37	30	29	408	45 931	
8	Lederindustrie	41	23	22	1 228	12 656	
9	Holzindustrie	171	149	134	5 112	63 255	
10	Nahrungs- und Genussmittelindustrie	101	92	80	8 031	126 700	
11	Bekleidungsindustrie	225	219	191	4 973	60 820	
12	Baugewerbe	1226	722	390	51 038	525 132	
13	Poligraphische Gewerbe	129	129	126	5 551	79 295	
14	Handel und Verkehrsgewerbe	86	73	39	3 028	100 671	
15	Gast- u. Schankwirtschaft	2	2	—	334	—	
16	Freie Berufe	103	103	103	508	25 000	
17	Gemischte Verbände	113	90	85	11 826	887 898	
			2613	1923	1414	115 095	3 854 680

Wenn man berücksichtigt, daß fast die Hälfte der Organisationen keine Angaben über die Zahl der von den Mitgliedern beschäftigten Arbeiter gemacht hat, so wird man kaum fehlgehen, wenn man diese auf das Doppelte von dem schätzt, was angegeben ist.

Dann wird berichtet, daß die beiden Zentralen der Arbeitgeberverbände 56 589 Mitglieder zählen, die 2 627 818 Arbeiter beschäftigen, und zwar der Verein deutscher Arbeitgeberverbände 50 000 Mitglieder und 1 800 000 beschäftigte Arbeiter, und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände 6 589 Mitglieder und 1 027 818 Arbeiter. Angesichts dieser Tatsachen und des geschlossenen Vorgehens aller Arbeitgeberverbände bei der Bauarbeiterausperrung werden die Arbeiter zu der Erkenntnis kommen, daß ihre eigenen Organisationen noch wesentlich gestärkt werden müssen.

Die Ausweise, die über die Gründung der Arbeitgeberverbände vorliegen, zeigen deutlich, daß diese als eine Folge der Gründung und Entwicklung der Gewerkschaften ins Leben gerufen worden sind. Während der Zeit des Sozialistengesetzes entstanden nur sehr wenige Arbeitgeberverbände. Die Unternehmer hatten es nicht nötig, sich zum Kampfe gegen die Gewerkschaften zu rüsten und zu vereinigen. Diesen Kampf führte die Staatsgewalt mit Hilfe der Polizeiorgane. Ende der achtziger und besonders Anfang der neunziger Jahre setzte dann die Gründung der Arbeitgeberverbände ein. Während der Zeiten wirtschaftlicher Krisen verringerte sich das Gründungstempo, um, folgend der Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaften, bei günstiger Wirtschaftskonjunktur um so lebhafter zu werden. Es ist dies ein überaus lehrreiches Kapitel für die Arbeiterschaft, und diese sollte nicht versäumen, die notwendigen Lehren daraus zu ziehen.

Die Entwicklung der Gewerkschaften in dem letzten Jahrzehnt und der Ausgang vieler Kämpfe gibt zwar keine Ursache zur Besorgnis. Es steht mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß im Laufe des Jahres 1910 die zweite Million Gewerkschaftsmitglieder überschritten wird. Jedoch darf dieser Mitgliederbestand nicht über die eigene Stärke, besonders aber über die Stärke der Gegner nicht täuschen. Mit Genugtuung wollen wir auf das Erreichte zurückblicken, aber anderseits nimmer rasten, sondern mit erneuter Kraft an dem Ausbau unserer Kampfsorganisationen arbeiten.

Die deutsche Marmorindustrie.

III.

Sehr beachtenswert ist das Marmorvorkommen in Reuß j. L. Die ergiebigen Steinbrüche werden von der renommierten Firma S a l b u r g e r M a r m o r w e r k e G. m. b. H. betrieben. Wie wir uns selbst überzeugen konnten, werden in den Brüchen die größten Blöcke gewonnen. Der Abraum ist nicht bedeutend. Folgende Sorten werden auf den Markt gebracht:

R u b a n t i c a, antikrot, der dem sehr teuren Griotte Rocajou aus Frankreich in nichts nachsteht. Er hat sehr viel Ähnlichkeit mit dem Kojizono aus dem Lahntal. Rubantica läßt eine flotte Bearbeitung zu; ohne große Hilfsmittel ist eine schöne Politur zu erzeugen. Druckfestigkeit 1167 Kilogramm pro Quadratcentimeter, Gewicht pro Kubikmeter 2750 Kilogramm.

I m p e r i a l, rot mit kräftigen weißen Adern, die oft einen Stich ins Gelbliche zeigen. Druckfestigkeit 922 Kilogramm pro Quadratcentimeter, Gewicht 2740 Kilogramm pro Kubikmeter.

L o n t a n e l l e, wassergrün mit schmalen aber langgezogenen, mausegrauen Partien. Außerst kompakt. Druckfestigkeit sehr abwechselnd, Gewicht pro Kubikmeter 2750 Kilogramm.

B a l c i n e r o, grau, die weißen Adern treten sehr hervor, die sich oftmals schneidenden schwarzen Aederchen tragen wesentlich dazu bei, daß die Grundtönung lebhaft beeinflusst wird. Das Gefüge ist sehr dicht. Druckfestigkeit 1703 Kilogramm pro Quadratcentimeter, Gewicht pro Kubikmeter 2780 Kilogramm.

V i o l e t ist mit einer ausgezeichneten hellen Farbenpracht ausgestattet. Die Struktur ist recht geschlossen, aber trotzdem beträgt die Druckfestigkeit bloß 861 Kilogramm. Gewicht pro Kubikmeter 2740 Kilogramm.

B l o m b o g r i s o, grau, weiß geädert. Die weiße Aederung tritt manchmal so stark auf, daß es den Anschein gewinnt, als wäre die graue Fläche mit Schneefeldern übersät. Druckfestigkeit 1625, Gewicht 2750 Kilogramm.

S a l m a t e r o, mit rötlicher Tönung und spärlicher weißer Aederung. Diese Sorte ähnelt partiell dem Tannowitzer Granit (Schlesien). Es läßt sich eine elegante Politur erzielen. Druckfestigkeit 1799, Gewicht 2750 Kilogramm.

Die reußischen Marmorarten wurden zu unzähligen Bauten verwendet. Wir nennen bloß einige: Dom Berlin, Hotel Stadt Rom, Leipzig, Warenhaus Wertheim, Berlin, Kaiserliches Schloß zu Posen usw.

Die Saalburger Werke sind technisch sehr gut eingerichtet, es wird mit Wasser- und Dampfkraft gearbeitet. Die Arbeitskräfte sind teilweise einheimische, teilweise Oesterreicher. Es wird auch viel ausländischer Marmor verarbeitet. Der Geschmack in Architektenkreisen bringt es eben mit sich, daß recht viel Gesteinsorten auf Vorrat gehalten werden müssen. Die Steinbrüche, die im Reußischen liegen, lassen die Gewinnung aller Dimensionen zu. Das Brechen geschieht so, wie es in den Granitbrüchen gebräuchlich ist; doch müssen die Keillöcher oft 20 und 30 Zentimeter tief gehauen werden. Die Bearbeitung, soweit die Tätigkeit des Steinmehers in Frage kommt, muß natürlich eine vorzügliche sein, doch sind die sogenannten

Stiche im Gestein bei weitem seltener, wie bei vielen Sorten des Auslandes.

Das Marmorvorkommen in Tegernsee (Oberbayern). Der Tegernseer Marmor hatte vor Jahrhunderten schon eine gewisse Bedeutung. Diese war aber mehr lokaler Natur. In den verschiedensten Klöstern und kurfürstlichen Bauten fand er Verwendung; aber über Bayerns Grenzen hinaus ging sein Ruf nicht. Die Steinbrüche werden jetzt von den vereinigten Marmorwerken Tegernsee, Margrün und Ruhpolding ausgebeutet. Sie waren früher im Besitze des berühmten Benediktinerklosters Tegernsee. Ob die vorgenannten Werke heute das Besitzrecht haben, wissen wir nicht. Ueber das Marmorvorkommen stellte der bekannte Stuttgarter Mineraloge Professor Dr. G. F r a s a m am 20. Oktober 1905 gutachtlich folgendes fest:

„Was zunächst die Qualität des Marmors anbelangt, so stimme ich mit allen darüber ein, daß dieselbe als vorzüglich bezeichnet werden darf. Die zarten, weißlichen und rötlichen Varietäten dürften sich besonders für glatte, die dunklen für Säulen und architektonische Stücke verwerten lassen.“

Am besten wird das Gestein von Bergdirektor C. W. von Gumpel in der geognostischen Beschreibung des Bayerischen Alpengebirges, 1861, S. 493, geschildert. Derselbe schreibt:

„Tegernseer Marmor. Diese schöne, so vielfach technisch benützte Marmorart aus dem großen Steinbruch bei Bach unfern Tegernsee, zeichnet sich von anderem Material durch die warme rötliche und weißliche Färbung und hohe Politurfähigkeit vorteilhaft aus. Ueberdies

Die Entwicklung der Tarifverträge.

Das Kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, hat dem jüngsten Heft des Reichsarbeitsblattes eine Zusammenstellung über die Tarifverträge beigelegt, die im Jahre 1909 ihre Wirksamkeit begonnen haben. Am 1. Januar 1909 bestanden 5981 Tarifverträge für 130 257 Betriebe und 1 055 654 Personen, von denen im Laufe des Jahres 1765 Verträge für 24 606 Betriebe und 219 382 Personen erloschen. Neu in Kraft trat 2360 Tarifverträge für 30 786 Betriebe und 256 116 Arbeiter, so daß am Schlusse des Jahres insgesamt 6578 Tarifverträge für 137 214 Betriebe und 1 107 478 Arbeiter in Geltung waren.

Die neu abgeschlossenen Tarifverträge gelten, abgesehen von einigen wenigen Gewerbegruppen, hauptsächlich für Klein- und Mittelbetriebe; es kommen durchschnittlich auf einen tariflich gebundenen Betrieb nur 9,5 Beschäftigte. Nur im Baugewerbe kommen auf jeden Betrieb, für den ein Tarifvertrag gilt, durchschnittlich 40,4 Arbeiter. Bei den Glasarbeitern beträgt die Zahl der Beschäftigten pro Betrieb 31,7, bei den Maschinisten 29,7, im Handelsgewerbe 25,7 und bei den Maurern 22,7 Personen. Selbstverständlich sind auch einige große Betriebe mit Tarifverträgen verzeichnet, so in Stuttgart ein Betrieb mit 2400 Arbeitern (Mechaniker, Werkzeugmacher u. ä.) und in Leipzig und Hamburg sind für große Betriebe des Handelsgewerbes Tarifverträge abgeschlossen worden.

Die größte Zahl von Tarifverträgen sind im Baugewerbe abgeschlossen, nämlich 28 Prozent aller Verträge fallen auf diese Gruppe und diese Verträge umfassen sogar 29 Prozent aller tariflich gebundenen Betriebe und 34,7 Prozent der unter Tarifverträgen beschäftigten Arbeiter. Die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel stellt 17,3 Prozent der neugeschlossenen Tarifverträge, alle anderen Erwerbsgruppen sind mit weniger als 10 Prozent an den Tarifverträgen beteiligt.

Von den Tarifverträgen des Jahres 1909 erstrecken fünf ihre Gültigkeit auf das ganze Gebiet des Reichs, alle anderen sind in ihrer Wirksamkeit räumlich beschränkt und zwar gelten 1457 Verträge nur für eine Firma, 334 Verträge sind Ortsverträge und 253 Tarifverträge gelten für einen größeren Bezirk, als den Ort des Abschlusses. Abgesehen von den erwähnten fünf Reichstaxen, die für 477 Betriebe und 6462 Personen abgeschlossen worden sind, ergibt sich die Verteilung der Tarifverträge des Jahres 1909 aus folgender Uebersicht:

	Tarifgemeinschaften	Betriebe	Personen
Norddeutschland	1538	17 918	173 196
Süddeutschland	506	5 275	48 671

In der Steinindustrie sind im verfloßenen Jahre 91 Tarife abgeschlossen worden, die für 522 Betriebe und 7019 Arbeiter Gültigkeit haben. Die Sandsteinerindustrie ist an diesen Abschlüssen besonders stark beteiligt und zwar mit über 300 Betrieben und 2812 Arbeitern.

Ueber die Arbeitszeit liegen von 2090 Tarifverträgen Angaben vor. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug danach:

für	2322 Personen weniger als 48 Stunden
67 479	48 bis 54
31 946	54 " 58
103 506	58 " 60
3 624	60 " 64
10 043	mehr als 64

Die langen Arbeitszeiten von mehr als 60 Stunden wöchentlich sind hauptsächlich im Verlehnsgewerbe, in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, aber auch in der Metallverarbeitung und im Baugewerbe zu finden. Für die Mehrzahl der Betriebe wie für die Mehrzahl der Arbeiter ist durch die Tarifverträge des Jahres 1909 sowohl Zeitlohn — wie Akkordlohn festgesetzt. Diese beiden Lohnformen gelten nämlich für 15 169 Betriebe mit 138 636 Beschäftigten; nur Zeitlohn gilt für 6948 Betriebe mit 77 128 Arbeitern und nur Stücklohn für 1428 Betriebe mit 11 793 Arbeitern. Die Lohnhöhe bei Zeitlohn ergibt die folgende Tabelle.

Der niedrigste Stundenlohn beträgt für:		
539 gelernte und	4707 ungelernete Arbeiter	0.25 bis 0.35 M.
15760	19213	0.35 " 0.45 "
56402	28619	0.45 " 0.55 "
42906	10154	0.55 " 0.65 "
19572	5528	0.65 " 0.75 "
10826	375	mehr als 0.75 "
2190	—	mehr als 0.75 "

Für Sonntagsarbeiten, Nacharbeit und Ueberstunden wird fast immer ein Zuschlag gewährt, der zwischen 20 bis 50 Prozent des Lohnes schwankt. Die Löhne der Frauen sind wesentlich geringer.

Bei Akkordlohn wird nur durch 176 Tarifverträge für 5107 Betriebe mit 38 246 Beschäftigten Garantie für die Höhe des zu erreichenden Lohnes übernommen.

bricht das Gestein in massigen Bänken, was für die Gewinnung großer Blöcke günstig ist. Eine eigentümliche, durch alle Bänke sich gleichbleibende, feinschwebige, gekrümmte und zusammengefaltete Schichtung charakterisiert die Masse im Kleinen, während ein Komplex solcher Schichten zur festen großen Kalbfank dicht verwachsen ist. In diesen feinschwebigen Streifungen, mit denen zumeist auch eine wechselnd rötliche und weiße Färbung verbunden ist, erkennt man diese Marmorart leicht.

Am schönsten sieht sich die Verwendung des Materials in dem herzoglichen Schloß und in der Schloßkirche von Tegernsee beobachten, wo insbesondere die hohe Politurfähigkeit des Materials, die großen, bis 3 Meter langen, zu Säulen verwerteten Stücke, Platten von über ein Quadratmeter Fläche, sowie die Widerstandsfähigkeit gegen die Verwitterung am Portal der Kirche beobachten läßt.

Der Tegernseer Marmor erscheint besser als viele Arten, welche zurzeit von der Konkurrenz verwendet werden, insbesondere ist er politurfähiger, fester und in der Färbung schöner als viele ausländische Sorten. Er wird sich zweifellos in kurzer Zeit den Markt erobern und reichliches Absatzgebiet finden.

Geologisches Vorkommen. Bezüglich des geologischen Auftretens verweise ich wiederum auf Gumpel und stimme sowohl mit diesem, sowie mit den Begutachtungen von Herrn Bergingenieur Baumgärtner, Bergerrat Freiherrn von Morsey-Picard und Professor Hippolyt Haas überein. Es handelt sich um eine Einlagerung von Marmoralk in die fraglichen als jurassisch angesehenen Mergel und Kalk. Alle Schichten, und damit auch der

1843 Verträge enthalten Bestimmungen über die Dauer des Vertrages; sie beträgt in Jahren:

Zeitraum	bis 1	2	3	4	mehr als 4
Zahl der Verträge	137	1369	297	67	13

Bei 1400 Verträgen tritt stillschweigend Verlängerung ein, wenn sie nicht gekündigt werden; die Kündigungsfrist beträgt in der Mehrzahl der Fälle ein bis drei Monate.

Die größere Hälfte der Verträge, nämlich 1117, sehen die Einlegung von Schlichtungs- und Einigungsmissionen vor, die Streitigkeiten über den Inhalt der Verträge zu entscheiden haben.

Ausreden.

II.

Die ist nun solchen bedauerlichen Erscheinungen im Arbeiterleben entgegenzuwirken? Gewiß, die Wege des für unsere heilige Arbeiterische Wirken sind mühsam und dornenvoll. Und mit diesen Begleitererscheinungen hat jeder in der Arbeiterbewegung Stehende zu rechnen. Sie resultieren aus der verkehrten Erziehung, die der Vater Staat in recht zielbewusster Weise dem Proletariatsvorkind von klein auf angeheißt läßt. Und das allgemeine Streben nach wirklicher Volksbildung wird dazu führen, daß in späteren Zeiten solche üblen Dinge in der Arbeiterbewegung verschwinden. Damit ist uns allerdings später, aber nicht jetzt gebietet. Wir müssen schon jetzt dem Uebel des Indifferentismus auf den Keib rücken. Und das geschieht, wenn wir vor allem danach trachten, die Anhänger der im ersten Abschnitt beschriebenen rauhbeinigen Gesellen mehr und mehr zu dezimieren und sie selbst zu isolieren. Und das können wir, wenn wir überall diesen Ueberflauen und Ja-Menschen in wirkungsvoller Weise entgegenreten und sie mit den wichtigen Argumenten der modernen Arbeiterbewegung aus dem Felde schlagen.

Das ist gar nicht so schwer. Vor allem die Ausrede „von den andern“. Hier muß man dem Zweifler sagen, daß er ja selbst „der andre“ ist, daß gerade er zu dieser Sorte Menschen gehört. Man muß ihm sagen, daß, wenn „die andern“ nicht wollen, er wenigstens den Anfang machen und sich organisieren müsse. Dann wird dieses gute Beispiel ansteckend und anfeuernd wirken, der „andern“ werden immer weniger werden und kraftvoll wird die Organisation blühen und gedeihen und Egoismus, Speichelleckerei und Feigheit werden immer mehr verschwinden.

Dann die „Ueberschlauen“, die erklären, daß es ohne Organisation gehe und jeder selbst sein Recht vertreten müsse. Denen führe man den Zweck und die eiserne Notwendigkeit der Organisation vor Augen. Man halte ihnen aus Schillers Tell das Bittat entgegen: „Vereint sind auch die Schwachen mächtig!“ Man füge hinzu, daß die Arbeiter im heutigen Wirtschaftsleben die Schwachen sind und daß sie schon deshalb nur vereint zur Macht gelangen können. Man halte ihnen die Starren im Wirtschaftsleben vor. Das sind zweifellos die Kapitalisten. Und was tun diese? Sie schließen sich zusammen zu mächtigen Organisationen, um ihre Geldsachinteressen wirksamer vertreten und die Arbeiter besser ausbeuten zu können. Und wenn schon die Kapitalisten ihre Organisierung als notwendig empfinden, um wieviel mehr mühten es da die Arbeiter, die vereinzelt viel schwächer als die Unternehmer sind!

Solchen Argumenten wird der Ueberschlau unmöglich begeben können. Und wenn er trotzdem verstockt bleiben sollte, seine Anhängererschaft wird zusammenschmelzen, denn sie wird die Nichtigkeit seiner Ausführungen einsehen lernen. Auch können wir dann seine sich hinter hohlen Phrasen verborgene Unehrlichkeit feststellen, denn wenn er nun nicht die Notwendigkeit der Organisation einsehen will, dann muß man die Ursachen dieser fetten Hartnäckigkeit anderswo suchen. Oft ist es die unheimliche Furcht vor dem „Beren“ Chef, von dem sie schließlichen ab „ihrer“ „Gutgesinntheit“ „ohne“ „Lebensstellung“ „erhoffen.“

Dann die „Sparer“, Leute, die glauben, sich besser zu fühlen, wenn sie den Verbandsbeitrag auf die hohe Kante legen. O, wie schön sie doch rechnen können! Sie weisen sogar zahlenmäßig nach, wann der Zeitpunkt gekommen sein wird, an dem sie sich von den ersparten Verbandsbeiträgen sogar ein Haus bauen können. In der Regel wird es aber ein Kartenhaus. Ihr Doren, euer Verband ist eure beste Sparkasse! Und wenn ihr durch den Verband auch nur vielleicht 5 Prozent Lohnhöhung vom Unternehmer herausholt, der auf diese Weise erhöhte Wochenverdienst wiegt schon doppelt und dreifach euren wöchentlichen Verbandsbeitrag auf! Aber das sehen diese Rechenkünstler nicht. Sie starren nur wie fasziniert auf den vermalebten Verbandsbeitrag. Und doch trägt ihnen dieser bei richtiger Anwendung zehn- und zwanzigfältige Frucht, obwohl sie auch dabei nicht zum Hausbesitzer aufsteigen, wohl aber in die Lage versetzt werden, sich und ihre Familien anständiger durch die Welt zu bringen.

Nun zu den „Revolutionären“. Wir setzen dieses Wort in Gänsefüßchen, denn hinter diesem zur Schau getragenen Revolutionismus verbirgt sich in allen Fällen entweder tatenloses, nichtnützliches Phrasentum oder der Ausfluß armer, irreführender Arbeiterhirne. Diesen Leuten muß, vor allem wenn sie zur letzteren Kategorie gehören, gesagt werden, daß es mit der Kladderadatsch-Pluktion einfach nicht getan ist. Wer in der Welt steht, hat eben mit den realen Tatsachen zu rechnen. Und wenn man diese in Betracht zieht, dann muß jedem einleuchten, daß es beim besten Willen nicht so schnell gehen kann. Jede Interessengruppe im wirtschaftlichen Leben baut ihre Macht durch ihre Organisation auf. Das muß der Arbeiter sogar in versterktem Maße, weil ihm neben seiner notorischen Einzel-

schwäche noch obendrein alle die gewaltigen Machtmittel des Staates nicht zur Verfügung stehen. Nur ruhlose, immerwährende Agitationsarbeit kann uns unsern Ziele näher bringen. Wie wäre es möglich, in der heutigen Zeit schon die kapitalistische Welt mit einem Aus aus ihren Angeln zu heben, heute, wo der größte Teil unserer eigenen Klassengenossen noch aus Unwissenheit zu den Gegnern hält, was ja vor allem die Parlammentswahlen beweisen! Nein, hier heißt es unermüdetlich werden, die Massen sammeln und immer mehr Proletarier unter den Fahnen der Klassenbewussten Arbeiterschaft zusammenziehen! Dem Moloch Kapitalismus läßt sich nur Stückweise das Eragnerte und der Gesamtschheit Geräubte aus den Klauen reißen, und auch nur, wenn das Proletariat sich zusammenschließt zu starrer, fester Organisation! Nur vereint sind die Schwachen mächtig!

Mit solchen Argumenten trete man all diesen Störern einer guten und zielführenden Organisationsentwicklung entgegen. Und wir sind überzeugt, der gesunde Sinn und das keimende Klassenbewußtsein der Arbeiter wird sich immer mehr und unwiderstehlicher Bahn brechen. Unsere Organisationen werden wachsen mehr als bisher und diese sonderbaren Verneiner der Organisationsmacht werden sich immer einsamer vorkommen und schließlich sich gleichfalls dem unwiderstehlichen Zuge der Zeit nicht mehr verschließen können. Und tun sie es dennoch, dann wird die aufgeregte und zielstrebige vorwärtstrebende Arbeiterschaft diese unverbesserlichen Individuen nur noch als wunderliche Käuze betrachten.

Die Arbeiterbewegung aber geht geküßt auf ihre machtvollen Organisationen ihres Weges weiter. Sie erfüllt ihre geschichtliche Mission, die Befreiung des Proletariats aus den Banden der Reaktion und des Kapitalismus. Und sie geht auf dieser stolzen Bahn über diese Behemmer ihres Fortschritts mit hellem Lachen zur Tagesordnung über.

Submissionen.

Für den Bau des Gms-Weser-Kanals, besonders für die Strecke Bevergen—Hannover, hatte das Kanalamt in Hildesburg die Ausführung der Erd- und Dichtungsarbeiten in öffentlicher Submission ausgeschrieben. Es beteiligten sich an der Verdingung 13 Spezialfirmen und forderten:

Holzhauser & Kubatzel, Berlin	4399215.50 M.
Sager & Börner, München	4457188.50 "
Wunstorf Zement-Industrie, G. m. b. H., Wunstorf	4669494.40 "
Mt.-Ges. für Hoch- und Tiefbau, Gebrüder Hilsmann, Frankfurt a. M.	4739183.80 "
Grün & Bilfinger, Mannheim	5180421.— "
Philipp Holzmann & Co., Frankfurt a. M.	5556895.50 "
Leonhard Moll sen., München	5774563.— "
Technisches Bureau für Eisenbahn-Hoch- und Tiefbau, Albert Sprickerhof, Grunewald-Berlin	5839778.— "
J. Berger, Berlin	5880291.— "
Betonbaugesellschaft Rautenberg & Co., Berlin	6000630.10 "
Wittkop, A.-G. für Tiefbau, Gr.-Lichterfelde	6392769.— "
Baugesellschaft Michelson, Hausberge	6935623.50 "
v. Ringel & Kaiser, Hamburg	7290777.50 "

Zwischen der niedrigsten und höchsten Forderung besteht also eine Differenz von 2891562 Mark (!). Interessant sind die Preise, die per Kubikmeter Bodenbewegung von den verschiedenen Firmen kalkuliert waren. Es rechneten: Holzhauser u. Kubatzel 78 Pfg., Sager u. Börner 73 Pfg., Wunstorf 80 Pfg., Gebrüder Hilsmann 75 Pfg., Grün u. Bilfinger 84 Pfg., Holzmann u. Co. 95 Pfg., Roll 1 Mark, Albert Sprickerhof 1 Mark, Berger 1.03 Mark, Rautenberg u. Co. 86 Pfg., Wittkop 1.17 Mark, Michelson 1.25 Mark, v. Ringel u. Kaiser 1.35 Mark.

Beim Bau der neuen Ostseeschleusen in G. L. L. a. u. verlangten von 22 Bewerbern um die Ausführung eines Teils der Erdarbeiten (630 000 Kubikmeter Bodenauhub) aus 12 bis 24 Meter Tiefe) der gesamten Baukosten „Minder- und Zifferarbeiten“ als Mindestfordernde Durchschnitt u. Co. 1345 805 Mark, als Höchsthöhernde Vorwärts-Königsberg 9 890 560 Mark. Die Forderung der letzten Firma beträgt also das Siebenfache dessen, was die erste Firma fordern zu müssen glaubte. — Für den Bau der neuen Ostseeschleusen des Nordostkanals sind 42 Millionen Verblendklinker für die Außenflächen der Mauern (Los 1), 2 1/2 Millionen Verblendklinker für die Ausmauerung der Umläufe (Los 2) und 3 1/2 Millionen Hartbrandsteine für die hinteren Lagen der Verblendung (Los 3) erforderlich. 23 Ziegeleien bezw. Baumaterialienhändler bewarben sich um die Lieferung. Es forderten für 1000 Steine Los 1: Ernst Roes-Kiel 50.70 Mark (Niedrigstgebot), Kirchner-Hamburg 120 Mark (Höchstgebot). Los 2: Rahmann-Holtenau 42 Mark (Niedrigstgebot), Dahlische Tonwarenfabrik-Gießen 150 Mark und 160 Mark (Höchstgebot). Los 3: Joh. Muuß-Kiel 22.85 Mark (Niedrigstgebot), Kirchner-Hamburg 53 Mark (Höchstgebot). Bei Los 1 und 3 übersteigt das Höchstgebot über das Doppelte das Niedrigstgebot, bei Los 2 sogar beinahe das Vierfache. Wer war es nun, der so schlecht rechnen konnte?

Aphorismen.

Ein gerechter Tagelohn ist unter normalen Umständen die Summe, die der Arbeiter nötig hat, um sich gemäß der Lebenshaltung seiner Umgebung und seines Landes die Mittel zu verschaffen, die ihn in den Stand setzen, weiterzuarbeiten und sein Geschlecht fortzupflanzen. Der wirkliche Lohn kann durch die Schwankungen der Industrie dann und wann über oder unter diesem Durchschnitt stehen.

Friedrich Engels.

Marmor selbst stehen saiger, d. h. vertikal, das Streichen ist von West nach Osten mit geringer Abweichung nach Süden.

Quantität. Eine einigermaßen zuverlässige Berechnung der abbauwürdigen Gesteinsmassen konnte ich nicht anstellen, da ich bei meinem Besuch keine Grenzen des Lagers beobachten konnte. Ich möchte aber nicht mit meinem Eindruck zurückhalten, daß die Angabe von Bergerrat Morsey-Picard und Professor Haas, welche das abbauwürdige Quantum auf 250 000 Kubikmeter oder noch mehr taxieren, mir zu hoch gegriffen erscheint. Ich würde vorsichtigerweise nicht mit größerer Mächtigkeit als 20 Meter abbauwürdiges Material rechnen. Bei einer Abbauhöhe von im Mittel 15 Meter und einer Erstreckung des Lagers von 300 Meter würden sich ergeben (20 : 15 : 300) = 90 000 Kubikmeter!

Das vorstehende Gutachten, verfaßt von einer wissenschaftlichen Autorität, zeigt also, daß die Marmorabbaueitung in der Nähe von Tegernsee lohnend ist. Die Druckfestigkeit pro Quadratcentimeter beträgt 1480 bis 1530 Kilogramm. Das spezifische Gewicht wird vom technischen Laboratorium in München mit 2.72 angegeben. In den Handel werden hauptsächlich die Sorten Tegernseer rot und hellrot. Die Politurfähigkeit ist eine sehr bedeutende.

Kuhpoldinger rot zeichnet sich durch eine hohe Druckfestigkeit aus, 1530 Kilogr. pro Quadratcentimeter. Dieser Stein eignet sich seiner eigenartigen Farbentönung nach besonders zu inneren Kirchenausstattungen, so zum Beispiel zu Altären, Taufsteinen, Kanzeln usw. Ein genaueres Marmor wird heutzutage wentaer-

verwertet. Sein Nachteil ist, daß er zuviel Stücke und Lappen aufweist. Dieser Marmor ist sehr hart; er hat rötliche Farbe und weist immens viele Versteinerungen auf. Auch die Politur kann sehr stark entwickelt werden. Wenn aber massive Arbeiten angefertigt werden müssen, dann ist ohne Bierungen nicht auszukommen. Auch beim Brechen ergeben sich viel Materialverluste.

Die vereinigten Tegernseer Marmorwerke unterhalten ebenfalls in M a r g r ü n (Oberfranken) einen sehr ausbeutungsfähigen Marmorsteinbruch. Es wird der sogenannte D e u t s c h r o t gewonnen. Die Bruchverhältnisse sollen derartig gut sein, daß Werkstücke mit den größten Ausmaßen gebrochen werden können. Die Druckfestigkeit wurde vom Baurat G o t t s c h a l d t -Chemnitz festgestellt, sie beträgt 958 Kilogramm pro Quadratcentimeter.

Der T r e u c h t l i n g e r M a r m o r (Mittelfranken) ist von feiner Struktur. Farbe weißgrau. Die Architekten benutzen ihn mit Vorliebe zu Säulen, besonders in Nürnberg findet dieser Marmor starke Verwendung. Es seien folgende größere Nürnberger Bauten genannt, wo er zu Säulen, Balustraden usw. benutzt wurde: Bahnhofs- und Theaterneubau, Gewerbemuseum, Rathausneubau usw.

In der Nähe von Berchtesgaden wird der sogenannte L i n d e n h ö h e r Marmor gewonnen. Die Ueberung ist rot-weiß; er soll dem Belgischen Material angeblich Konkurrenz machen. Als Bruchbesitzer kommt ein bayrischer General a. D. in Betracht. Der Steinbruch soll sehr ergiebig sein.